

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Abrechnung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Reformmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 14. August 1924.

Nr. 191.

## La Folette.

Noch vor Ende dieses Jahres werden in Amerika die Wahlmänner zur Präsidentenwahl entsandt werden. Zum zweitenmale seit dem Abgang Wilsons wird das amerikanische Volk den höchsten Würdenträger der Vereinigten Staaten, dessen Rechte und Vollmachten ja weit über die eines europäischen republikanischen Staatsoberhauptes hinausgehen, bestimmen. Im letzten Halbjahrhundert standen alle Präsidentenwahlen in Amerika unter dem Zeichen des Kampfes der beiden einzigen großen Parteien, die Nordamerika kennt, die Republikaner und Demokraten. Seit sich im Großen Föderationskrieg zum erstenmale die Großgrundbesitzer der Südstaaten und die Farmer und Industriekapitäne der Nordstaaten als Feinde gegenüberstanden hatten, wiederholte sich alle vier Jahre, allerdings in fruchtbareren Formen, der Kampf um die Macht. Wie es in den sechziger Jahren wirtschaftliche Fragen waren, die zum Kampfe mit den Waffen führten, so waren es bis in die jüngste Zeit meist ökonomische Ursachen, die die rivalisierenden der beiden großen Parteien bedingten. Es handelte sich allerdings nicht mehr um die Forderung der Demokraten nach dem Rechte, ihre Plantagen durch Sklaven bebauen zu lassen und um die mit humanen Phrasen ausgeputzte Konkurrenz der Industriellen und Farmer, die den Südstaatlern die billigen Arbeitskräfte, die in ihrem eigenen Betrieb nicht verwendbar waren, mißgönnten, es waren aber doch bei jeder dieser Präsidentenwahlen irgendwelche wirtschaftliche Konkurrenzfragen maßgebend. Erst der Weltkrieg schuf eine gänzlich neue Situation. Er mag nicht die einzige Ursache der geänderten Verhältnisse in Amerika wie in der Welt überhaupt sein, er bedeutete aber eine derartige Beschleunigung des Tempo der Entwicklung, daß er als Einschnitt auch hier angesehen werden kann.

Die Entwicklung Amerikas war bisher durch zwei ökonomische Tatsachen bedingt: Amerika war der einzige kapitalistische Staat der Welt, in dem die Landwirtschaft noch genügend vielen neuen Boden zur Verfügung hatte. Die amerikanische Landwirtschaft brauchte sich nicht auf die Intensivierung ihres Betriebes einzulassen, sie konnte solange große Landmassen für neuen Anbau und neue Kolonisation zur Verfügung standen, erteilsbar arbeiten. Und Amerika war weiter jener kapitalistische Staat, der fast durchwegs Rohprodukte ausführte und trotz seiner hochentwickeltesten Industrie Fertigprodukte aus Europa bezog. So war Amerika auch auf dem internationalen Weltmarkt, der in der kapitalistischen Gesellschaft schließlich ebenso wie das Geld zur „Ware der Waren“ wurde, zum ersten aller Märkte sich ausgebildet, noch nicht die herrschende Macht geworden. Der Schwerpunkt des internationalen Weltmarktes war bis zum Krieg London geblieben. Der Weltkrieg hat das, was über kurz oder lang wahrscheinlich ohnehin eintreten mußte, die grundsätzliche Veränderung in der Stellung Amerikas zu der übrigen Welt mit einem Schlage geschaffen. Vor allem wurde Amerika im Laufe des letzten Jahrzehntes soweit industrialisiert, daß es heute keinerlei nennenswerte Einfuhr mehr braucht. Die Unabhängigkeit von der Einfuhr ausländischer Fertigprodukte beginnt heute bereits zu einer Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffproduzenten zu werden. Amerika wird bald nicht mehr imstande sein, so viele Rohprodukte zu erzeugen, als es braucht. Dadurch aber kommt es in dieselbe Lage, in der sich 1914 die imperialistischen Mächte Europas befanden: es muß Kolonien suchen, es muß vor allem sein Augenmerk auf die riesigen Kohlenfelder Ostasiens lenken, und kommt dadurch in jenen Konflikt mit Japan, der seit Jahren eine stete Kriegsgefahr im äußersten Osten bedeutet. Amerika braucht aber auch, wie es Kohlenstoffgebiete sucht, neue Märkte, und muß sich daher auf den Gang der europäischen Ereignisse einen bestimmenden

## Krise in London.

Keine Einigung in der Frage der Ruheräumung.

London, 13. August. (Reuter.) Die Verhandlungen über die Räumung des Ruhrgebietes sind offenbar auf einem toten Punkt angelangt. Es wird mitgeteilt, daß die deutschen Delegierten MacDonald um seine Vermittlung angeht haben.

London, 13. August. Der Sonderberichterstatter des Wolffschen Telegraphenbüros erzählt über die heutigen Verhandlungen zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegationen, die den ganzen Vormittag und Nachmittag in Anspruch nahmen, daß in der Hauptfrage der militärischen Räumung kein Fortschritt erzielt wurde. Herriot erklärte, sein Vorschlag gehe dahin, daß die Ruhr maximal in einem Jahre geräumt werden soll. Er fügt hinzu, er könne keine Angaben über eine stufenweise Räumung machen. Die von deutscher Seite gestellte Frage, von welchem Tage ab die Räumungsfristen in diesem Falle zählen würden, soll morgen beantwortet werden.

Reichskanzler Marx war heute mittags beim britischen Premierminister, um ihn von dem Ernst der Lage in Kenntnis zu setzen und ihm mitzuteilen, daß die deutsche Delegation auf die-

sen französischen Vorschlag nicht eingehen könne. Da nachmittags angesichts der starken Gegenätze zwischen den beiderseitigen Auffassungen eine Stodung in den Verhandlungen eintrat, teilte der Reichskanzler mit, daß er angesichts der überragenden Bedeutung dieser Frage sich mit dem Reichspräsidenten in Verbindung setzen werde. Es ist anzunehmen, daß diese Befragung erst morgen erfolgen wird, nachdem die Franzosen die versprochene Auskunft gegeben haben.

Das Gesamtergebnis des heutigen Tages kann dahin zusammengefaßt werden, daß in der Mehrzahl der behandelten Punkte eine Einigung erzielt wurde, ausgenommen in der Hauptfrage der Ruheräumung. Die Auffassung in Kreisen der deutschen Delegation über die hiedurch entstandene Lage ist ernst.

## Deutschland wird der Achtstundentagskonvention beitreten müssen!

Berlin, 13. August. (Eigenbericht.) Der Reichstag wird sich nach seinem Zusammentreten sofort mit dem Arbeitsabkommen (Achtstundentag) von Washington zu beschäftigen haben. Die Regierung hat sich bekanntlich bisher immer geweigert, dieses Abkommen in den Reichstag zu bringen, weil sie der Meinung war, daß die Wiedergutmachungsarbeiten nicht mit dem im Ab-

kommen geforderten Achtstundentag in Einklang zu bringen seien. Der Arbeitsminister wird nun in dieser Frage eine Erklärung abgeben, von der das weitere Verhalten der Gewerkschaften abhängen wird.

In der allernächsten Zeit sollen die Arbeitsminister von Deutschland, Frankreich und England in Wien oder im neutralen Auslande eine Konferenz über die Arbeitszeit abhalten.

Einfluß wahren. Das hatte das Herausstreifen Amerikas aus seiner Reserve im Weltkriege zur Folge und das hat jetzt nach mehreren Jahren des Abwartens unter der republikanischen Regierung Harding — Coolidge das Interesse Amerikas für die Londoner Konferenz gezeitigt, das bezeichnenderweise mehr ein Interesse der Bankiers als der Regierung ist. Die amerikanische Landwirtschaft hat mit der raschen Zunahme der Bevölkerung, mit dem Steigen der Einwanderungsziffer und mit der rasenden Industrialisierung der Vereinigten Staaten gleichzeitig den ungefähren Stand der europäischen Landwirtschaft erreicht; wir sehen eine große Anzahl kleiner Besitzer, die kreditbedürftig sind, neuen Boden nur noch unter den ungünstigsten Bedingungen erwerben können und daher gezwungen werden, den Ackerbau intensiv zu betreiben. Dazu benötigen sie Maschinen, und diese Maschinen wollen sie nicht auf dem teureren inländischen, sondern auf dem billigen europäischen Markt kaufen.

Damit beginnt die politische Emanzipation der nordamerikanischen Farmer. Sie, die bisher der republikanischen Partei unbedingte Gefolgschaft leisteten, müssen sich nun eine eigene Interessenvertretung schaffen; sie haben es getan durch die Gründung der Arbeiterfarmer-Partei.

Der Weltkrieg hat aber gleichzeitig das Erwachen der amerikanischen Arbeiterklasse beschleunigt. Die Teilnahme der Vereinigten Staaten am imperialistischen Krieg, das Mißlingen der demokratischen Pläne Wilsons und die nach dem Kriege einziehenden militaristischen Mächte des Unternehmertums haben der sozialistischen Propaganda den Boden geebnet. Wir haben in Amerika heute nicht nur eine sozialistische Partei, sondern auch eine große Reihe sozialistisch eingestellter Gewerkschaften. Zu all diesen Veränderungen in der ökonomischen, sozialen und politischen Struktur Amerikas kam als erregendes Moment im letzten Jahre die Riesenskandalsaffären der

beiden großen Parteien hinzu. Zunächst wollten die Demokraten den Republikanern einen Streich spielen, und deckten den Petroleumskandal auf. Bald aber zeigte sich, das sie selbst ebenso kompromittiert waren, und nachdem der politische Sumpf, in dem beide Parteien bis an den Hals stecken, genügend durchwühlt war, stellten sie das Feuer ein. Es war aber für beide schon etwas zu spät. Von der demokratischen Partei hatte sich eine Progressive Partei abgespalten. Sie tritt bei den Wahlen mit einem eigenen Kandidaten hervor. Und dieser Kandidat der progressiven Partei symbolisiert heute schon die ungeheure Revolution, die in Amerika vor sich geht. Nicht daß La Folette günstige Wahlausichten hätte, die Stimmen der Arbeiterfarmer-Parteien der von Gompers geführten Gewerkschaften und der Fortschrittspartei werden kaum ausreichen, um La Folette zum Präsidenten der Vereinigten Staaten zu machen. Aber er wird vielleicht in dem Kampf zwischen Coolidge und Davis mit den Stimmen seiner Wahlmänner den Ausschlag geben. Und damit wird zum erstenmale in der Geschichte der großen angelsächsischen Republik jenseits des Ozeans eine neue Macht ein entscheidendes Wort mitsprechen. Die Tatsache der Kandidatur La Folettes bedeutet den Zusammenbruch des Zweiparteiensystems in Amerika, sie bedeutet, wie seinerzeit das Auftreten der Labour-Party in England das Ende der politischen Alleinherrschaft der Bourgeoisie in der Form der wechselnden Regierung einer konservativen und einer liberalen bürgerlichen Partei. Auch wenn La Folette nicht gewählt wird, und wenn er vielleicht bei den nächsten Wahlen schon nicht mehr kandidiert wird, wird sein Name welthistorischen Klang haben, denn er bedeutet ein Programm. Er bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den Beginn der politischen Revolutionierung Amerikas.

## Der Weg zum Opportunismus.

Die Krise, in der sich seit einigen Wochen die kommunistische Partei der Tschechoslowakei befindet, zeigt eine Reihe Ähnlichkeiten mit jener, die im vergangenen Herbst die kommunistische Partei Deutschlands erfährt hat und deren Folgen sich in Deutschland noch in der jüngsten Zeit zeigen. Die Tendenzen der Entwicklung nach links waren in Deutschland ebenso wie jetzt in der Tschechoslowakei plötzlich und unvermittelt zum Vorschein gekommen und hatten den vollständigen Wechsel der ganzen Führergarnitur zur Folge gehabt. Wie man in Berlin die alten Führer, die immerhin wenn nicht Persönlichkeiten, so doch Individualitäten vorstellten, Brandler und die Zetkin fastblütig erledigte, so haben sich Reichenberg und Prag mit großer Rücksichtslosigkeit über die Gründer der Partei, über Kreibitz und Smeral hinweggesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob auch die Taktik Smerals die gleiche bleiben und er, wie seinerzeit in Deutschland, nach seinem radikalen Angriff auf die Rechte die exaltierende Linke verlassen wird, um den Kurs der Mitte herzustellen. Mit großer Wahrscheinlichkeit kann man aber schon jetzt sagen, daß trotz aller Phrasen die Partei den Weg zum Opportunismus weiter gehen wird, wie sie ihn in Deutschland trotz Krah, Schölen und Blach Fischer und trotz oder vielleicht gerade wegen des Wähler Erfolges fortgesetzt hat. Es ist das Charakteristische dieser Krise, daß sie eigentlich nur eine mit viel Geschrei inszenierte Verhüllung der wahren Vorgänge darstellt. Sie sind oft mit so viel lächerlichem Lärm aufgejault, daß dort an den Jungen denkt, der sich vergebliche Mühe gibt, die Aufmerksamkeit der Eltern vom Loch in der Hose abzulenken, indem er die entsetztesten Dinge behauptet. Es ist eine heute schon genaugen ererbte Erfahrung, daß die kommunistischen Parteien, je größer desto opportunistischer werden. Die kleinen Parteien sind von Moskau leicht zu lenken. Schon deshalb, weil man sie leicht finanzieren kann, ist es unsicher, sie zu einfachen Exposituren der Komintern zu machen. Ein typisches Beispiel ist die österreichische Kommunistenpartei, in der man sich alle drei Wochen neue Führer, neue Thesen und alle möglichen anderen Reorganituren leistet. Eine Partei, die 13.000 Wähler hinter sich hat, kann sich das leisten. Mit diesen kleinen Parteien kann man auch die radikalste und sinnloseste Politik machen. Sie bestehen entweder aus Funktionären der Idee oder aus Abenteuerern, Geschäftspolitikern und schließlich aus Leuten, die bei jedem Wirbel dabei sein müssen. Eine solche Partei kann man zu einem lüthigen Ditzleren. Sie braucht bei Bestimmung ihrer Taktik nicht auf die tatsächlichen Klasseninteressen Rücksicht zu nehmen, sie kann ihre Anhänger durch geschickte Propaganda für jeden Zweck zur Verfügung haben.

Anders wird das, wenn die Partei wächst. Die großen kommunistischen Parteien wie die tschechische haben von allem Anfang an eine vorstehende Politik verfolgt. Nach dem ersten Rutschschrecken hat sie eine Taktik eingeschlagen, die im schroffen Widerspruch mit ihrem Programm stand. Vor sie programmatisch eine Partei, die sich in nichts von der bolschewistischen Partei des Kerenskieregimes und vom Spartakusbund unterschied, so war sie praktisch eine linke Sozialdemokratie, die ihre Kämpfe vom Boden des Parlamentarismus ausfocht. Der Radikalismus der deutschen Kommunisten im Reich erlahmte, je mehr unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise die Partei an Zahl wuchs. Man konnte vor dem Beginn der Reichstagsession fürchten, daß eine kommunistische Fraktion von 60 Mandaten das verfassungsmäßige Leben lahmlegen würde. Sie hat sich ebenso wie die radikalradikale bolschewistische Partei mit einigen lächerlichen Demonstrationen begnügt. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis erzeugt jetzt Krisen, die dazu dienen, einen künstlichen Kauf des Radikalismus in einem Augenblick zu erzeugen, in dem man auf die Durchsetzung des radikalen Programms eigentlich verzichtet. Es ist die Wut Skribans, der im Spiegel sein Gesicht nicht sieht.

Die Erscheinung dieser Krisen läßt sich auch soziologisch erklären. Ein kommunistischer Theoretiker, Georg Lukacs, hat nachgewiesen, daß der psychologische Bewußtseinszustand des Proletariats fast nie seinem Klassenbewußtsein entspricht. Das heißt mit anderen Worten: das Proletariat als Klasse ist ein dialektischer Begriff, das Proletariat als augenblickliche Realität ist eine Summe von Einzelmenschen. Die neue Philosophie hat den zunächst anderswo erworbenen Satz, daß das Ganze nicht die Summe seiner Teile sei,



auf die Gesellschaftswissenschaften übertragen. Die Klasse ist ein Ganzes, sie hat als solches ein historisch in Erscheinung tretendes Bewußtsein; dieses Bewußtsein entspricht aber nicht der Summe der Bewußtseinszustände der Individuen. Das Klassenbewußtsein des Proletariats ist also nicht eine Summe der Bewußtseinszustände der einzelnen Proletarier. Die Partei hat den Zweck, die historischen Aufgaben der Klasse auszuführen, sie hat das Klassenbewußtsein in die Tat umzusetzen. Die Partei ist aber kein dialektischer Begriff, der ein Ganzes bedeutet, sondern eine Vereinigung einzelner Menschen. Sie ist in ihrem Handeln daher beschränkt durch den Willen ihrer Mitglieder. Ihre Politik wird daher die Willensäußerung sein, die ein Kompromiß des Klassenwillens und der Summe der Einzelwillen darstellt. Wenn das Tempo der Entwicklung eine große Annäherung der beiden Bewußtseinskategorien mit sich bringt, haben wir eine akute Revolution. Das Klassenbewußtsein, das die gewaltsame Veränderung der bestehenden Ordnung fordert, ist dann fast gleich dem psychologischen Bewußtseinszustand, der in diesem Augenblick Unruhe und Aktion fordert. Die Kommunisten haben das in der Praxis nie beachtet, wie auch Vlasov die Folgerungen aus seiner Lehre nicht gezogen hat, sondern bei der Feststellung der beiden Bewußtseinsformen stehen blieb.

Die Psycho des Proletariats als einer Summe von Einzelproletariats, hat aber seit 1919 Wandlungen durchgemacht, die jene Kluft zwischen Klassenbewußtsein und psychologischen Bewußtseinszustand von neuem in Erscheinung treten ließen. Während das Proletariat als Klasse den Willen zur Revolution bezeugt, ja ihn angesichts der gewaltigen Steigerung der Akkumulations- und Konzentrationstendenzen des Kapitals verstärken mußte, da sich ja jene Situation vorbereitete, die das Proletariat zum Sturze der bestehenden Ordnung zwingt, ist im Revolutionswillen der Einzelnen ein Widerspruch zu bemerken. Vorübergehende aber biologisch lang nachwirkende Erscheinungen der ökonomischen Entwicklung der Nachkriegszeit, wie das Aufblühen der Landwirtschaft und des Kleingewerbes, haben den Mittel- und Unterschichten, die nicht anders als die Reste früherer Gesellschaftsklassen darstellen, eine gewisse Stabilität und Agilität verliehen, die eine Stärkung der bürgerlichen Front bedeutete und das Proletariat in die Defensive drängte. Die Spaltung der sozialistischen Parteien und die im Gefolge des Krieges eintretenden Konjunkturwechsel mit dem schließlich einsetzenden Abwärt der Löhne, die Enttäuschung über den geringen Erfolg der ersten revolutionären Aktionen, auf die man zu große Hoffnungen gesetzt hatte, legten den revolutionären Willen der einzelnen Proletarier lahm. Die Sozialdemokratie trug den geänderten Verhältnissen Rechnung. Ohne das Ziel aus dem Auge zu verlieren, ließ sie sich auch auf keine Aktionen ein, die über die Kräfte des Proletariats gingen, weil sie von den einzelnen Proletariats eine revolutionäre Enthusiasmus verlangten, die einfach nicht in ihnen war. Die Kommunisten schufen Programme, die auf der Voraussetzung aufgebaut waren, man könne die Revolution weitertreiben, weil die Revolution im dialektischen Entwicklungsprozess als notwendiges Resultat eintreten muß. Deshalb stimmt die Moskauer Rechnung, solange die kommunistischen Parteien Sektoren sind. Einzelne wenige Leute können den theoretisch gewonnenen Parolen folgen. Sobald aus anderen hier nicht zu erklärenden Gründen die kommunistischen Parteien wachsen, beginnt zwischen dem links eingestellten, rein dialektisch gewonnenen Programm und dem Rechtszug der Parteimitglieder, die eben nicht „das Proletariat“, sondern einzelne Proletarier sind, eine Diskrepanz zu entstehen. Die Folgen sind immer neue Partei-

krise und eine Taktik, die auf Wortradikalismus und tatsächlichem Opportunismus beruht. Die „theoretisch“ eingeschulten Führer geben immer radikalere Thesen aus, die Geführten bleiben passiv und vollständige Unfähigkeit zur politischen Arbeit ist wie in Deutschland das Resultat. Die Krisen sind die Folgen des unheilvollen Dogmatismus, der durchaus nicht konsequenter oder orthodoxer Marxismus ist, sondern darin besteht, daß man das Gebot des Marxismus mißachtet, das die Verbindung der Wissenschaft mit der Wirklichkeit fordert. In Moskau hat man den Sinn für Realpolitik verloren, weil man dogmatisch wurde und man hat damit aufgehört, marxistisch zu denken.

Die Krisen in der kommunistischen Internationalen, die heute da, morgen dort immer unter denselben Symptomen ausbrechen, sind nur Beweise dafür, daß alle Theorie nichts nützt, wenn sie den lebendigen Zusammenhang mit den Tatsachen verliert und unter Mißachtung der soziologischen Erkenntnisse politische Aktionen auf Grund mißverständlicher Theorien ausführt.

### Inland.

#### Einen Zeitpunkt journalistischer Methoden

hat gestern der Duxer „Tag“ erreicht. Er drückt die erlogenen Behauptungen der „Deutschen Landpost“ vom letzten Samstag, erschienen unter dem Titel „Einiges aus der sozialistischen Händlichkeit“, wörtlich ab, obwohl am Sonntag bereits die Lügen des agrarischen Blattes von uns widerlegt worden waren, und obwohl der „Tag“ aus unserer Erwiderung an die „Landpost“ schon erfahren hatte, daß dieser von der Redaktion des „Sozialdemokrat“ eine Berichtigung zuging. Man mag das moralische Niveau der hakenkreuzlerischen Presse noch so oft und noch so sicher abgeschätzt haben, das Urteil über die Art von Journalismus wird durch keine Leistungen doch immer wieder überboten. Es versteht sich von selbst, daß der Duxer „Tag“, der das schier Unglaubliche geleistet hat, die „Landpost“ an Ehrhaftigkeit und Anstand zu überbieten, genau so wie das farbige deutschsprachige Blatt wird zur Rechenschaft gezogen werden.

#### Karlsbad und die Kommunisten.

Der gestrige „Vorwärts“ brachte im Leitartikel und in einem ebenfalls Auffass im Innern des Blattes eine ganze Flut von Beschimpfungen der Sozialdemokratie aus Anlaß des Karlsbader Bundesturnfestes. Man ist von den Kommunisten schon allerhand gewöhnt. Aber wie sie sich jetzt als die reinen Lampen aufspielen und den Sozialdemokraten die Schuld zuzuschreiben versuchen, wenn jetzt, nach Karlsbad, die Spaltungsgesfahr für den Turnverband noch größer geworden ist, das geht denn doch über die Duldung. Sie, die vor Karlsbad mit allen Mitteln auf die Zerreißung des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes hinarbeiteten, sie, die doch laut Beschluß des letzten kommunistischen Weltkongresses ausdrücklich dazu kommandiert wurden, die Einheitsfront, deren Propagierung ihnen lediglich als Agitationsmittel dienen soll, zu zerschlagen, sie, die allen Arbeitern in Karlsbad gelegentlich des Bundesturnfestes ihr trauriges Handwerk vordemonstrieren — dieselben Herrschaften haben heute die Stirn, sich als Schützer und Erhalter der proletarischen Einigkeit der Turner aufzuspielen! Aber das Spiel wird ihnen nicht gelingen. Zu deutlich

sieht all den zehntausend Arbeitern das Verhalten der Kommunisten in Karlsbad noch vor Augen und wir werden nicht ermangeln, noch im einzelnen anzugeben, wie sie dort bewußt als politische Agitatoren für ihre Partei auftraten. Für heute möge es genügen, ein kommunistisches Rundschreiben zu veröffentlichen, das vor dem Bundesturnfest an alle Bezirksleitungen der K.P.C. erging und das allein für sich schon deutlich genug spricht:

Kreissekretariat Kuffig, am 4. August 1924.

Werte Genossen!

An alle Bezirksleitungen!

Beiriff Bundesturnfest!

Streng vertraulich!

Mit Bezugnahme auf unser letztes Rundschreiben teilen wir Euch mit, daß der Vertrauensmann unserer Partei während des Bundesturnfestes in Karlsbad, Genosse Otto Heller sein wird, der im Parteisekretariat in Karlsbad, Neu-Donitz Nr. 33, antieren wird.

Genosse Heller befindet sich bereits in Karlsbad. Wir verweisen nochmals auf unsere früheren Weisungen und machen auf die Wichtigkeit eines geschlossenen und zahlreichen Auftretens unserer Parteimitglieder aufmerksam.

Agitiert noch in den letzten Tagen! Selbstverständlich haben nur die Bezirksführer eventuell mit dem Genossen Heller in Verbindung zu treten!

Mit Parteigruß

Stampplie des Kreissekretariates des 7. Kreises der K.P.C.

Auffig a. C., Dresdner-Straße Nr. 15.

Unterjhrift:

Otto Pfeffer.

So also ward von den Zentralen der kommunistischen Partei aus das propagandistische und provokative Auftreten der Kommunisten in Karlsbad planmäßig vorbereitet. Sie sollen leugnen, wenn sie es können. Der „Vorwärts“ mag seine But darüber, daß der ganze Aufstand der Kommunisten in Karlsbad an dem unerfüllbarsten Willen der Arbeiter scheiterte, noch so sehr durch Phrasen und Lügen auszuheben versuchen, das Urteil der Arbeiter über Karlsbad und die Kommunisten ist nicht mehr wandelbar zu machen.

#### Eine aufgelöste Falscherversammlung.

Die tschechischen Nationaldemokraten, die die Ereignisse von Zwettl zu einer Kommunisten-Tagung mißbrauchen wollten, beriefen für Montag abends auf die Sophieninsel eine Versammlung ein, in der gegen den angeblichen „Angriff der Kommunisten auf die Republik und für den nationalen Gedanken“ manifestiert werden sollte. Der Versammlung war eine Parunumkehrung der Nationaldemokraten vorangegangen und sie erwarteten, daß einige Tausend ihrem nationalen Schlachtrufe folgen würden. Es kamen aber nur etwa 500 Leute und von diesen ungefähr hundert Kommunisten.

Der erste Redner des Tages war der Abgeordnete Petrovich, der sich mit dem „Haß der unterföhlischen Deutschen gegen den tschechischen Staat“ des längeren befahlte. Zum Schlusse erklärte er, daß die große Mehrheit der Nation den kommunistischen Angriff mit allen Mitteln abwehren würde. Der gelbe Sekretär Kutschera forderte vor allem die Bestrafung des Abgeordneten Tausit und rief der Regierung zu, sie möge die Nation schützen. Es sei humaner, zwanzig kommunistische Generale einzusperrn, als das Blut Unschuldiger fließen zu lassen. Während der folgenden Rede eines russischen Emigranten kam es zu großen Ständ-

lungen. Die Kommunisten gerieten mit den nationaldemokratischen Faschisten in ein Handgemenge. Einige Zettel flogen durch den Saal, einige jüngere Versammlungsteilnehmer fuchtelten mit Messern herum, so daß die Versammlung von der zahlreich erschienenen Polizei aufgelöst und gespreizt wurde. Mitten im Lärm nahmen die Nationaldemokraten noch eine Resolution an, in der sie „die Bestrafung des Abgeordneten Tausit, die Auflösung der kommunistischen Partei, die Ausweisung der Sowjetmission aus der Tschechoslowakei und die Einstellung der gesamten antifaaschischen Presse“ fordern. Die Nationaldemokraten können versichert sein, daß sie auch nur bei dem Versuch, diese bescheidenen Forderungen durchzusetzen, auf den elementaren Widerstand nicht nur der kommunistischen Partei, sondern der ganzen arbeitenden Klasse, ohne Unterschied der Nation, stoßen würden.

Die Deutschen und die Regierung. Zur Diskussion, welche gegenwärtig über die Möglichkeiten des Eintrittes deutscher Parteien in die Regierung geführt wird, äußert sich Genosse Stövin, der Chefredakteur des „Pravda Bdm“, im Leitungsblatt dieses Blattes wie folgt:

Wir sind eine Klassenpartei des arbeitenden Volkes und sind daher auch eine Partei der nationalen Versöhnlichkeit. Wir haben ein Interesse an der Beruhigung des nationalen Streites schon deshalb, weil wir besser und rascher für den sozialistischen Gedanken arbeiten könnten. Die tschechische Bourgeoisie weiß, daß eine Beruhigung der nationalen Verhältnisse in diesem Staate den Sozialismus bedeutend stärken würde, deshalb stützt ihr Klassenbewußtseiner Teil, die führenden Leute von der Nationaldemokratie, diesen Streit und regt sich über jeden politischen Schritt und jede Kundgebung auf, die dem nationalen Zusammenleben den Weg ebnet, während sie sich in den Verwaltungsräten der Banken und Aktiengesellschaften schon längst mit den Deutschen ausgehört haben.

Es würde also natürlich erscheinen, daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie die Stimmen der Deutschbürgerlichen begrüßen und unterstützen würde, die zum Eintritt in die Regierung rufen. Aber das wäre ein Irrtum. Das Interesse des tschechoslowakischen arbeitenden Volkes erfordert es heute, daß die deutsche Bourgeoisie in der Regierung nicht vertreten ist, nicht deshalb, weil sie deutsch ist, aber deshalb, weil sie extrem reaktionär in sozialer Beziehung ist. Die deutschbürgerlichen Parteien, von deren Eintritt in die Regierung es sich handeln würde, sind Parteien der geringen agrarischen Ständepolitik, die unsere tschechoslowakischen Agrarier übertreffen. Es sind Parteien, die das große deutsche Industrie- und Finanzkapital vertreten und dem reichsten Flügel unserer Nationaldemokraten gleichkommen und es sind schließlich Kreise des deutschkatholischen Merkantilismus. Das Hintertreten dieser Parteien zur tschechoslowakischen Koalition würde eine Stärkung der reaktionären und volksfeindlichen Elemente bedeuten, eine Schwächung und Erschwerung der Position der sozialistischen Parteien in der Regierung. Unser Klasseninteresse, das Interesse des gesamten arbeitenden Volkes in der Tschechoslowakei erfordert es, daß durch diese reaktionären und volksfeindlichen Elemente der bourgeoise Flügel der Koalition nicht gestärkt wird. Auch wenn die tschechischbürgerlichen für den Eintritt der Deutschbürgerlichen in die Regierung wären, wäre es sehr schwer, uns mit ihnen in eine Reihe zu stellen.

Anderes steht für uns allerdings die Frage, wenn es sich um den Eintritt der deutschen Sozialdemokraten in die Koalitionsmehrheit handeln würde. Diesen Eintritt würden wir als eine Stärkung des Sozialismus in der Re-

### Die kleine Lotte. (68)

Von Simone Vobde.

Herausg. von Dr. Hans Ruppbaum, Coppenhagen by Interterritorialer Verlag „Renaisance“, Wien.

Sie hat gebeten, daß man nicht auslösch. Eine Zeilung läßt sie den Ring an ihrem Finger auf und ab gleiten, dann steigt sie aus dem Bett, um ihn beim Lampenschein besser zu sehen. Sie läßt die zwei kleinen Köpfe, die vertrauensvoll aneinanderleihen. „Wie wir zwei“, hat Henri gesagt, „das ganze Leben.“

Leben! Was hat es ihr gegeben, seit sie auf die Welt gekommen, wie die Kinder von Armandine, ohne es zu wollen? Familie — Schule — die Welt — was haben sie für sie getan? Nichts weniger als nichts. Vor drei Monaten fragte sie sich, wozu sie existiere; kämpfte sie an gegen ungeheure Verwirrung, fand in ihr nur Verwünschungen. Heute besitzt sie ein Vermögen, Haus und Familie. Ihr Ansehen ist nur größer geworden. Aber sie ist ruhig, ist niemandem böse. Sie möchte nicht ungeboren sein — das Leben hat ihr ja Henri gebracht. Sie glaubt: kein menschliches Wesen hat gelitten wie sie, keines hat solches Glück gemessen. Es gibt nur einen Henri und er gehört ihr. Wie er sie liebt! Worin kann sie sich ihm nicht geben, wie sie es gewollt hätte?

Sie hat sich geschworen, nicht zu denken. Morgen — wird sie einige Stunden mit ihm leben — die letzten. Er soll sie ruhig finden, sie glücklich und zärtlich in Gedanken mit sich nehmen. Er wird leiden. Aber, sie sieht ein, daß, was sie heute abends gewollt, Wahnsinn war. Nichts kann bewirken, daß sie nicht gelogen hat, daß all dieses Glück kein Diebstahl sei. Das wird sie Sonia schreiben. Henri wird sie beweinen, ohne sie zu verfluchen.

Sie steht vor dem Spiegel. Sie ist sehr

blau, die Augen liegen in den Höhlen, dunkle Ringe um sie. Sonia hat sich gewiß auch so angesehen. Charlotte möchte gerne ihr Bild herausbeschwören, nicht wie sie auf dem Porträt ist, nein, wie heute, sehr jung, mit leisen Bewegungen, immer gleichmäßig. Sonia, von der alle sagen: wenn man sie sieht, hofft man; hört man sie, ist man geheilt. Und doch gibt es Leiden, die sie nicht heilen kann. Die man nicht geliebt.

Sonia liebt die kleinen Kinder. Warum ist Lotte nicht eins von ihnen? Eines der armen für die man Kleider näht? Aber hätte sie lieber Sonia kennen gelernt als ihren Bruder? Nein, wahrhaftig nicht, von ihm geliebt zu werden ist zu holde Freude. Einmal wird er Kinder haben. Sonia wird es so wollen. Eine andere Frau wird er im Schaukelstuhl wiegen, wird ihr mit derselben Stimme ähnliche Worte sagen. Wird sie sein wie die arme kleine Lotte?

Sie darf nicht denken. Sie hebt den Vorhang, öffnet das Fenster. Es geht auf den Luxembourgararten wie das von Henri-Studierzimmer. Lotte brennt sich hinaus. Sein Fenster steht offen — Licht brennt. Draußen geht der Wind. Große schwarze Wolken eisen über den Himmel — zwischen ihnen einige Sterne. Henri hat Lotte ihre Namen gelehrt. Von einigen kennt sie die Farbe. Von allen weiß sie, daß sie Wellen sind, ewigen Ruhm des Lebens zu singen.

Leben! Wie er es liebt. Er kennt es nicht von der Wissenschaft. Vielleicht wird er es nur für sie leben wollen. Andere haben es getan. Er hat Lotte ihre Geschichte erzählt. Der große Newton. Dieser Gedanke beruhigt sie ein wenig.

Ein Geräusch macht sie erzittern. Sie wirft sich zurück. Henri ist auf dem Balkon. Er rührt sich nicht. Wird er zu ihr kommen? Sie hört ihn die Vorhänge hinunterziehen. Einige Sekunden bleibt sie unbeweglich, die Hände auf dem Herzen.

Es schlägt zum ersten. Dann sagt sie sich, sie werde morgen zu müde sein. Sie muß schlafen.

Sie streckt sich in dem kleinen Bett aus, schließt die Augen. Sie darf nicht denken.

Wie viele andere sind um diese Zeit ohne Bett. Niemand weiß. Vielleicht wäre sie eine Risi worden, hätte sie Henri nicht getroffen. Eine Tür geht, dann eine andere. Er kommt, sie weiß es sicher. Er steht vor ihrer Tür. Sie begriff, daß sie verloren ist, sobald er eintritt. Sie wird sich ihm zu Füßen werfen, ihm alles sagen. — Aber er entfernt sich. Sie bricht in Schlußchen aus.

Die Erregung dauert einen Teil der Nacht. Zerbrochen schläft sie gegen vier Uhr ein, erwacht um sechs. Verbringt eine Stunde damit, ihr armes Gesicht zu waschen. Kann die Spuren der Tränen nicht ganz verwischen.

Sie öffnet die Tür — tritt auf den Balkon hinaus. Es windet noch immer, der Himmel ist ganz grau. Es wird regnen. Charlotte beginnt langsam auf und ab zu gehen. Die Vorhänge von Henri's Zimmer sind noch geschlossen, aber die Fenster im Speisezimmer sind weit geöffnet. Sie geht hin. Wie sie eintritt, schreit sie erschreckt auf. Henri sitzt im Lehnstuhl von Seraphine, schaut sie überrascht an.

Er steht auf, küßt sie, setzt sie an seinen Platz. „Warum bist du so früh auf, Tochter?“ „Weil du forschst.“

„Ich reise — nicht jetzt — nur, wenn es dir besser geht. Es scheint nicht.“

Er ist hier seit Tagesanbruch. Er hat gar nicht geschlafen. Sonst, wenn er heimkehrte, nachdem er Lotte begleitet hat, setzte er sich in seinen Lehnstuhl, was zum Schlafen nicht gerade geeignet ist. Gewöhnlich arbeitete er bis zum Morgen. Dann schlief er spät in den Tag. Seraphine ließ ihn gewähren, freute sich; sie glaube, er habe sich mit seiner Prüfung übermüdet.

Am Vorabend hat er vor Sonias Bild geträumt. Sie ähnelt der Mutter, die er nie gekannt, die er in ihr liebt. Sie sind ihm eins. Dann denkt er an Mutters Vater, der nicht sehr liebevoll gewesen sein soll. Und doch hat er Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, um seine Tochter wiederzufinden, Jahre hindurch. Wie konnten Lottes Eltern sich ganz von ihr abwenden? Wenn sie auch böse waren und selbst, weiß sie böse waren?

Ein entsetzlicher Gedanke durchblüht ihn: Wenn Lotte nicht die wirkliche Ursache ihrer Furcht gestanden hätte? Ihre Zurückhaltung, ihre Traurigkeit, ihre Angst. Die eigentümliche Art, sich zu geben, wieder zu nehmen.

Hätte er sie geliebt, wenn er sie nicht von Anfang an für rein gehalten hätte? Wahrscheinlich doch, wenn er sich auch nicht klar darüber ist. Aber anders. Charlotte — so natürlich — und falsch! Eine abscheuliche Komödiantin — ein Ungeheuer — Henri kann sich nicht vergehen, daß ihm ein solcher Gedanke kommen konnte.

Die brennende Wunde bleibt. Er zwingt sich, nicht nachzudenken. Will sich einreden, daß ihn nur Unruhe quält. In jenem Augenblick ist er bis vor ihre Türe gegangen, um zu lauschen, ob sie schläft. Wollte eintreten, ihr alles sagen. Er fand sich hasenwürdig. Sie liebt ihn — er ist dessen sicher — soll er sie noch verwirren — hat er es nicht schon zu sehr getan. Von seiner Augen getrieben, berauscht, sobald er sie in den Armen hielt? Sie ist von Arbeit erschöpft, von den Entbehrungen, die sie früh gekannt, rascher erraten, noch kürzlicher. In diesen wenigen Monaten liegt für Henri eine ganze Welt. Und ist doch nur kurze Zeit. Sonia wird gewiß einwilligen, aufs Land zu fahren. Wirklich — beide haben sie Sonia nötig, daß sie in ihre wirren Köpfe Ordnung bringe.

(Fortsetzung folgt.)



# Telegramme.

## Die Kleine Entente in Ugram.

Belgrad, 13. August. Wie die „Pravda“ erfährt, wird die Zusammenkunft zwischen den Außenministern der Kleinen Entente Dr. Beneš, Duca und Marinković gegen den 20. ds. wahrscheinlich in Ugram stattfinden. Bei dieser Zusammenkunft werden die Außenminister ihre Ansichten über die Außenpolitik austauschen. Insbesondere wird die bevorstehende Tagung der Völkerbundsversammlung eingehend besprochen werden.

## Die Bankiers rüsten für den großen Schab.

Paris, 13. August. (Eigenbericht.) Die in New York sechsen eingetroffenen Bankiers Kahn und Liffon, die aus Europa heimgekehrt sind, haben erklärt, daß die 800 Millionen Anleihe meistens untergebracht sein wird. Die internationale Finanzwelt werde sich darüber in spätestens 14 Tagen geeinigt haben. Als Bedingung betrachten die beiden Bankiers eine 7prozentige Verzinsung und einen Emissionskurs von 93.

## Die Ententestaaten wollen mit Deutschland Handelsverträge.

London, 13. August. Wie die „Times“ melden, ist vereinbart worden, daß heute vormittags zum ersten Male eine Zusammenkunft der Deutschen, Franzosen und Belgier stattfinden werde. Es verläutet, daß Großbritannien und Italien ebenso wie Frankreich und Belgien Deutschland ihren Wunsch mitgeteilt hätten, Handelsabkommen abzuschließen.

## Spaniens großer Friedhof.

Madrid, 13. August. (Davas.) Amlich wird ein Aufleben der Aufstandsbewegung in Marokko gemeldet. Die Aufständischen haben neue Stellungen blockiert. Eine Referatbrigade aus Andalusien wurde nach Marokko beordert. Zwei weitere Bataillone treffen die hierfür nötigen Vorbereitungen. Das amtliche Kommando bemerkt, daß eine allgemeine Aufstandsbewegung der Stammes im Zuge sei, welche im Keim unterdrückt werden müsse.

## Radic in Belgrad.

Belgrad 14. August. Die Rückkehr des kroatischen uernührers Radic nach Ugram wird in allen hiesigen politischen Kreisen lebhaft kommentiert. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß die Rückkehr Radic unzweifelhaft die Entwicklung der inneren Politik stark beeinflussen wird. In Reaktionskreisen herrscht die Überzeugung, daß die Rückkehr Radic die Situation unverändert lassen und die Lage der Regierung nicht schwächen wird. Diese Kreise erwarten, daß Radic ein lokale Politik führen wird. Die Radikalen und die selbständigen Demokraten hingegen sind der Ansicht, daß mit der Rückkehr Radic, welcher gleich verhaftet werden sollte, die Lage der Regierung mehr als erschüttert sei. In diesen Kreisen wird der Sturz der Regierung mit Sicherheit erwartet. Diese Ansicht erscheint jedoch vollkommen unsichtbar.

## Cantows Blutregime.

Sofia, 12. August. Die Polizei verhaftete gestern den Chefredakteur des Blattes „Dravko Zname“, Granicarov, auf Grund des Staatsstreichs.

## Nur gegen Alkoholmuggler?

New York, 13. August. Die Zollkontrollen der Vereinigten Staaten ist um zwanzig Torpedobootzerstörer und Torpedoboote sowie um 2000 Mann verstärkt worden, um jeden Augenblick den Kampf gegen die Alkoholmuggler führen zu können.

## 1106 Opfer des Bürgerkrieges in Brasilien.

New York, 13. August. Einer amtlichen Nachricht aus Santos zufolge hat sich die Zahl der während des Aufstandes in Sao Paulo ums Leben gekommenen Personen auf 1106 erhöht.

## Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr . . . . .	Dollar 2.97'00
Berlin 100 . . . . .	Schweiz. Frant 15.70'00
Wien 1 . . . . .	Wart 125.0'00, 099.000'00
Wien 1 . . . . .	Österr. Kronen 2.106'00

Prager Kurse am 13. August.

	Geld	Waro
100 holl. Gulden . . . . .	13.20 00	13.35 01
1 Billion Mark . . . . .	7.95 50	8.18 50
100 belg. Francs . . . . .	173.75 00	177.25 00
100 schweiz. Frant . . . . .	942.50 00	945.50 00
1 Pfund Sterling . . . . .	153.80 00	153.20 00
100 Lire . . . . .	158.87 50	155.37 50
1 Dollar . . . . .	33.97 00	34.25 00
100 franz. Francs . . . . .	189.75 00	191.25 00
100 Dinar . . . . .	42.29 00	42.70 00
10.000 ungar. Kronen . . . . .	4.28 00	4.78 00
100 poln. Zloty . . . . .	6.46 00	6.52 00
10.000 österr. Kronen . . . . .	4.72 00	4.92 00

# Tages-Neuigkeiten.

## Das sind Sozialisten?

Das war der fragende Ausruf einer eleganten Aurgastin, die in Karlsbad den Festzug der Arbeiterturner vorbeimarschieren sah. Der ebenso elegante Begleiter mußte verdrücklich bejahen. Die Begeisterung seiner Schönen, wie die prächtige Wirkung des Turneraufmarsches, waren ihm sichtlich unangenehm. Leicht erklärlich, denn dieses ein Ereignis hatte all seine politischen Kinderstubeindrücke zerstört. War es doch bisher so einfach und bequem, beim Wort „Sozialisten“ an eine rotte arbeitsscheuer Judvidua, roher Terroristen mit Ballonmützen zu denken und sich dabei als „besserer Mensch“ zu fühlen. Das ist ja die bequeme Übung aller Bürgerlichen, sich irgend ein häßliches Zerbild zurechtzumachen und darauf loszuschimpfen, anstatt sich mit den weltbewegenden Ideen des Sozialismus auseinanderzusetzen. Ist man staunen oder lächeln, wenn man erlebt, wie sonst ganz geübte Leute gegen den Sozialismus mit Argumenten fechten, die schon vor 20, 30 oder mehr Jahren als hohle Phrasen erledigt worden sind. Ja, es ist eben sehr bequem, das sozialistische Proletariat als eine kulturlose, kulturfeindliche Bande zu qualifizieren, die zum allgemeinen Besten von einer „starken Obrigkeit“ im Zaum gehalten werden muß. Stehen dann Angehörige der bürgerlichen Klasse, deren Wissen um den Sozialismus sich in solchen klönnigen Vorstellungen erschöpft, einer weithin ausleuchtenden Kulturtafel der Arbeiter gegenüber, dann sind sie fassungslos und wundern sich, daß „diese“ Sozialisten mit den roten Scheusalen ihrer Darstellungswelt nicht übereinstimmen. Ja ihr vornehmen Damen und Herren: Die Leute, die sich aus Not und Finsternis zum Lichte eines neuen Menschentums emporingen, die Leute, die ihre zerschundenen, darbenenden, von maßloser Ausbeutung gebeugten Körper straffend in das Land der Freiheit marschieren — das sind die Sozialisten! Die anderen aber, die das herrliche Emporstreben der ererbten Massen aus Faulheit verkennen, sind die Unwissenden, sind die Kulturfeinde unserer Zeit. Und gar die geistigen Knechte des Kapitals, die die Grenelberichte des Klassenkampfes fabrizieren, sie sind in Wahrheit — die Hefe des Volkes.

## Der Duzer „Tag“ und das Bundesturnfest.

Daß das 1. Bundesturnfest der Arbeiterschaft vom Duzer „Tag“ als eine belanglose Sache darzustellen versucht wird, ist bei der Beschaffenheit seiner Schriftleiter, nicht weiter verwunderlich. Verwunderlich ist nur die Langmütigkeit und Geduld der Leser, die sich solche Lügen ausbilden lassen. So heißt es in der Darstellung des „Tag“, daß das Karlsbader Bundesturnfest nicht an entferntesten mit dem Münchner Turnfest verglichen werden kann. Jeder vernünftige Mensch wird sich sagen, daß ein Verband mit dreieiviertel Millionen Mitgliedern, wie es der das Münchner Turnfest veranstaltende war, eine ganz andere Zahl von Mitwirkenden aufweisen muß, als ein Verband mit 38.000 Mitgliedern, wie es der Arbeiter-Turn- und Sportverband ist.

Trotzdem hält aber der kleine Arbeiterverband den Vergleich mit dem Münchner Turnfest nicht nur aus, sondern übertrifft ihn sogar. In München hat sich nicht der zehnte Teil der deutsch-völkischen Turnerschaft am Fest beteiligt, während in Karlsbad mehr als dreieiviertel der Mitglieder am Werke waren. Und die gesamte Organisation des Festes hat die deutsch-völkische Turnerschaft geschlagen. Warum streut daher der „Tag“ Sand in die Augen seiner Leser? Warum vergißt er ganz auf das Verbandsfest der Völkischen in Komotau? Warum schreibt er nicht, daß die Arbeiterturner den dreimal größeren Turnverband der Nationalen in der Republik übertroffen haben?

Ferner macht sich der „Tag“ über den Festzug lustig, bei dem er nur ungefähr 11.000 Teilnehmer gesehen haben will. Wir können nur konstataren, daß der 5. Kreis allein ca. 10.000 Teilnehmer hatte, denn der 6. Kreis mit seinen 8000 folgte. Über 900 Radfahrer waren im Zuge, der „Tag“ schreibt von einem einzigen. Eine Gemeinheit ist die Angabe, daß einige „dicke jüdische Proletarier“ den Festzug eröffneten. Eine weitere Lüge ist die Behauptung, daß unser Genosse Dr. Czech an der Spitze des Festzuges marschierte. Gen. Dr. Czech weilt seit mehr als einer Woche in Oesterreich, war also gar nicht in Karlsbad. Ueberhaupt wurde von keiner Partei ein Vertreter im Festzug gesehen, der Berichterstatter des „Tag“ hat also bewußt keine Augen geschlossen. Die größte Niederträchtigkeit ist aber die Behauptung, daß im Kinderfestzuge die „wohlgewährten jüdischen Kinder“ besonders auffielen. Jedem wahren Menschenfreund transppte sich das Herz zusammen beim Anblick der 7000 Kinder, deren jedes den Stempel der Rot. Entehrung und der Kriegsauswirkungen am Körper trug. Der Anblick dieser ausgemergelten, im Wachstum zurückgebliebenen Arbeiterkinder war wohl eine der furchtbarsten Anklagen gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und ihre Einrichtungen. Und so ein Schreiberling im „Tag“ wagt von wohlgenährten Kindern zu schreiben! Statt die Bestrebungen zu würdigen, die einer Degeneration entgegenzuarbeiten, besüßelt er den Nachwuchs des deutschen Volkes in gemeiner und demagogisch gekünstelter Weise. Wahrlich, die deutsche Nation kann stolz auf ihr „Erretter“ sein. Die deutschböhmischen Volksbesüßler reihen sich den Hitler, Lubendorff usw. würdig an die Seite.

Jedenfalls hat der Erfolg des Bundesturn-

festes den „Tag“ Schriftleitern unangenehme Ueberaschungen gebracht; die Vagenmütigen geben davon ein beredtes Zeugnis. Wir haben keine Ursache, der Deffentlichkeit Unwahrheiten zu erzählen, wie es der „Tag“ notwendig hat. Jeder Arbeiter war über die Vorgänge im Turnverband genügend unterrichtet. Der „Tag“ allerdings gerant sich nicht, so offen zu reden und seinen Wälfätern die Zustände zu schildern, die im hakenkreuzlerischen Lager bestehen. Er lügt, und dies be wußt. Seine Lügenberichte werden natürlich den Erfolg des Karlsbader Turnfestes nicht abschwächen können. Karlsbad war ein Turnfest, während München es nur zu einem Bierfest gebracht hat.

## Republika všchno zaplati!

(Die Republik bezahlt alles!)

## Die Wirtschaft in den militärischen Unternehmungen.

In den Umsturztage wurde der obgenannte Leitfah in diesem Staate zum allgemein anerkannten Motto. Wer nun glaubt, daß diese Zeiten schon längst vorüber sind, wird eines Besseren belehrt, wenn er nachstehende Tatsachen erfährt:

Der Kommandant des Verpflegsmagazins, Oberstleutnant Rudolf, und seine rechte Hand, der Stabskapitän Bosatka, haben sich ein eigenes „Sparsystem“ zurechtgelegt. Sie lassen das Brot für die Verpflegung der Soldaten lediglich in Feldbäckereien herstellen, um so bezahlte Arbeiter zu ersparen. Die Soldaten aber, die in den Feldbäckereien beschäftigt sind, müssen täglich — mit Schichtwechsel — zwölf Stunden arbeiten und werden dabei gezwoungen, die Leistungen bis zur Grenze der Unmöglichkeit zu erhöhen. Es ist selbstverständlich, daß bei diesem Antreibesystem das Brot nicht gehörig ausgebacken werden kann. Doch was kümmert es die Antreiber, wenn einige tausend Brotwecken — das Stück zu 1.40 Kilogramm — in ungenießbarem Zustande ins Magazin zurücktransportiert wurden, denn: „republika všchno zaplati!“

Tausende von Soldaten sind an dem Genuß dieses Brotes erkrankt; nicht soll das ungenießbare und gesundheitschädliche Brot überbacken werden, um den Soldaten nochmals bei der „Fassung“ zugeteilt zu werden.

Für jede Unregelmäßigkeit, an der die Soldaten meistens unschuldig sind und die nur durch das Ausbeutungssystem bedingt wird, setzt es im Magazin schwere Strafen. Und dabei verstoßen die Antreiber, so berichtet das „Rude Bravo“, vom Brotbacken nichts und führen durch ihre Anordnungen direkt ein Verderben des Brotes herbei.

Die unzähligen Arbeitslosen in diesem Staate hungern — in den militärischen Verpflegsmagazinen von Theresienstadt verkauft das Brot hausweise infolge der Unsäfigkeit einiger Weniger, die für ihre Arbeit noch dazu vom Staate, also von der Allgemeinheit, sehr gut bezahlt werden müssen.

## 2000 chinesische Dörfer überflutet.

50.000 Menschen ertrinken. — Drohende Hungersnot.

Shanghai, 13. August. (Davas.) Riesige Ueberschwemmungen in China haben eine überaus große Zahl von Opfern gefordert. Zahlreiche Städte und tausende von Dörfern stehen unter Wasser. Die nördliche Provinz wurde nur durch übermenschliche Anstrengungen von Militärabteilungen gerettet, welche Tag und Nacht an den Dämmen arbeiteten. Hingegen sind westlich und nördlich der Stadt 2000 Dörfer überflutet worden. Tausende von Flüchtlingen sind auf dem Wege nach Peking. In Kalgan sind infolge eines Dammsbruches 4000 Einwohner ums Leben gekommen. Aus anderen Provinzen langen demurrühigende Nachrichten ein. Man befürchtet eine Hungersnot. Die Zahl der Ertrunkenen wird insgesamt mit 50.000 angegeben.

Für Bergarbeiterkinder. Der Minister für öffentliche Arbeiten gewährte den Reibergwerken für den Karlsbad-Falkenauer Kreis 100.000 K, für das Teplich-Duz-Komotauer Gebiet 300.000 K und für das Mähr.-Osttrauer Revier 100.000 K für die Entsendung von Kindern der Bergarbeiter auf Ferienkolonien.

Eine eindringliche Warnung an die Prager Stadtverwaltung beinhaltet die Malaria, von der Prag durch eineinhalb Tage betroffen war. Das alte Prag samt den nun angeschlossenen ausgedehnten Vorstädten und Vororten war bis gestern frun ohne Wasser! Ohne Wasser an einem Tage, da unbarmherzig die Augustsonne vom wolkenlosen Himmel niederbrannte und in den Straßen die Temperatur zur Siebdehige steigerte. Die tiefergelegenen Stadtteile waren in den Abendstunden des Dienstag in eine undurchdringliche Staub- und Rauchwolke eingehüllt, die sich bei der Vorüberfahrt eines jeden Autos und Wagens immer mehr verdichtete und das Verweilen in den Straßen zur Qual machte. Man stelle sich das Chaos vor, wenn an diesem Tage irgendwo ein Brand ausgebrochen wäre! In den an der Moldau gelegenen Stadtteilen hätte man da ja noch Flußwasser benutzen können, in den höher gelegenen Bezirken jedoch, in den Weinbergen oder Zizkov beispielsweise, wäre dem Wüten des Elements kein Einhalt zu gebieten gewesen. Und das alles nur deshalb, weil der Bruch eines Wasserrohrs die Wasserzufuhr in

die ganze Stadt unterbunden hat. In dieser Tatsache darf nicht achtlos vorübergegangen werden. In keiner Großstadt der Welt ist die Wasserzufuhr von der Ausdauer eines Zufuhrrohres abhängig. Die Prager Stadtverwaltung würde ein Verbrechen an den Einwohnern Groß-Prags begehen, wenn sie diesen Uebelstand nicht sofort zu beseitigen trachtet. Einmal ist die Gefahr ohne schwere Folgen vorübergegangen. Ein zweites Mal sich auf diese Möglichkeit zu verlassen, hieße die Elemente mitwilling zu provozieren.

Steuerbegünstigungen bei Elementarschäden. Das Finanzministerium hat auch im heurigen Jahre die Steuererleichterungen angewiesen, in Fällen von Elementarschäden (Sagelschläge, Wollenbrüche usw.) bei der Behandlung der Gesuche um Abschreibung oder Ermäßigung der Steuern, sowie auch bei der Vorschreibung neuer Steuern und der Bewilligung von Erleichterungen in der Zahlung sowohl der Steuern, als auch der Vermögensabgabe in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen auf die besonderen Verhältnisse der Geschädigten gehörig Rücksicht zu nehmen und derartige Gesuche beschleunigt und wohlwollend zu erledigen.

Die jetzigen Obst- und Gemüsepreise. Die gestrige Konsumentenzeitung befaßte sich fast ausschließlich mit der Frage der Obst- und Gemüsepreise. Es wurde fast einhellig die Erziehung steigender Verkaufsstände empfohlen, wie sie bereits seit längerer Zeit in Prag betrieben werden, da diese auf die Preise, wie es sich gezeigt hat, regulierend einwirken. In längerer Debatte wurde besonders gegen die Bewilligung einer Pflaumenausfuhr Stellung genommen, da die Pflaumenernte nur geringe Erträge verspricht und den Inlandskonsum kaum decken dürfte.

Von Zigeunern überfallen und beraubt. Der 22 Jahre alte Schriftsetzer Bruno Schurek aus Jägerndorf war schon lange Zeit ohne Arbeit. Um niemandem zur Last zu fallen, entschloß er sich nach altem Brauch — wie es jetzt wieder viele andere tun müssen — auf die Wandererschaft zu gehen. Am 2. August trat er die Fahrt an und wählte über Freiwaldau nach Ostböhmen gegen Prag. Bei Pardubitz führte die Straße durch einen Wald. Nöchlich tauchte eine Zigeunerin auf, die den Wanderer mit einem Scheffel (20 Heller) anbettelte. Schurek, der als Arbeiter über keine nennenswerten Mittel verfügte, wies die Zigeunerin ob. Bald darauf kamen Männer von einer Zigeunerbande dazu, deren Hund dem jungen Mann nicht vom Leibe ging. Schurek hatte nämlich noch ein kleines Stückchen Schokolade bei sich, das der Hund witterte. Die Zigeuner hielten ihn an, nahmen ihm das Stückchen Fleisch, 40 Zigaretten und die Geldbörse mit der Hofmeintafelung weg, worauf sie ihn wieder freiließen. Schurek trat kurze Zeit darauf einen Gendarmen, dem er von dem Vorfall die Anzeige erstattete. Doch Schurek wurde von dem Gendarmen einer noch gründlicheren Untersuchung unterzogen, als es die Zigeuner getan hatten. Ob dieser Gendarm dann die Zigeuner auskundschaftete oder weitere Erhebungen pfleg, ist bis heute nicht festzustellen. Der junge Bursche teilte diesen Vorfall seinen Angehörigen mit, durch die wir Kenntnis von dem Ueberfall erhalten. Weßhalb sich der Gendarm mit dem Ueberfallern, der seine Papiere in Ordnung hatte, mehr beschäftigte als mit den Zigeunern, bleibt ein Rätsel.

„Ich will still aus dem Leben gehen.“ Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Groß- und Klein-Rudolfs bei Prag wurde die Leiche eines Mannes gefunden. Bei dem Toten fand man zwei Briefe, in denen es heißt: „Gönnet mir gültig ein Plätzchen auf diesem postlosen, östlichen Kirchhofe, in dieser heiligen Ruhestätte inmitten blühender von herrlichem Walde umgebenen Fluren, die ich so innigst liebe. Kommt nicht nach meiner Identität, erspart dem Photographen die Arbeit und Euch das Anrieren in den Zeitungen; ich liebe lebensphilosophisch Natur, Literatur und Kunst, Poesie und Romanik und will still aus dem Leben gehen.“

Der Mörder von der Brennerstraße ein Halenkreuzler. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ meldet: Als die Morbit auf der Brennerstraße bekannt wurde, fiel sogleich die Ähnlichkeit mit verschiedenen von Halenkreuzlern begangenen Raubmorden auf, besonders mit der Ermordung des Studenten Dr. Wetz in Berchtesgaden, die von dem Halenkreuzler Negler verübt wurde. Die Ähnlichkeit ist kein Zufall, denn wie die Zinsbruder „Volkzeitung“ mitteilt, ist auch der Raubmörder Wilhelm Freyer ein Halenkreuzler. Er gehörte nicht nur dem D. S. V. (Deutsch-nationaler Handelsgesellenverband), sondern auch der Zinsbruder „nationalsozialistische Partei“ an. Und zwar war Freyer kein gewöhnliches Mitglied dieser das Beste des deutschen Volkes wollenden Partei, er wurde vielmehr würdig befunden, dem Zinsbruder nationalsozialistischen Sturmtrupp, also dem Vaterländischen Schutzbund anzugehören, der nach dem Beschluß des Halenkreuzlerparteitages in Salzburg den Kern der künftigen vaterländischen Armee bilden soll. Freyer prahlte des öfteren, daß er einen Gummimittel und einer Revolver habe, und ließ sich wiederholt hören: „Die Sozi werden wir schon ordentlich verprügeln.“ Beim Hitler-Putsch in München äußerte er sich: „O, wenn ich Geld brauche, fahre ich bloß auf einige Tage nach München, dann habe ich genügend „Schmatt“. Da der Hitler-Putsch vorbeigekam, blieb Freyer eben nichts anderes übrig, als auf eigene Faust einen Raubmord zu begehen, um zu „Schmatt“ zu kommen.



# Entscheidende Stunden in London.

## Die ungelösten Streitfragen.

Paris, 13. August. (Eigenbericht.) Herriot, Theunis und Symans von belgischer Seite, Marx, Stresemann und Luther von deutscher Seite verhandelten heute Vormittag im Außenamt. Die Beratung galt insbesondere folgenden Problemen, über die bisher keine Einigung erzielt werden konnte.

1. der militärischen Räumung des Ruhrgebietes,
2. der Beibehaltung von französischen und belgischen Eisenbahnen auf dem rheinischen Bahnnetz, besonders auf strategisch wichtigen Linien,
3. Wiedereinstellung der wegen passiven Widerstandes aus dem besetzten Gebiete ausgewiesenen Beamten,
4. der Aufstellung einer Liste der von Deutschland zu leistenden Naturallieferungen. Bei diesem Punkte weigert sich bekanntlich die deutsche Delegation, Farbstoffe und Kohlen-Nebenprodukte in das Verzeichnis aufzunehmen,
5. den Bedingungen bei Versicherungen und der Haftung des Deutschen Reiches für den Fall, daß sich die Industriellen weigern, bestimmte Lieferungen auszuführen.

Morgen vormittags findet zunächst eine Sitzung der sechs alliierten Chefs und hierauf eine Vollsitzung des Vierzahnerrates statt, welcher die getroffenen Vereinbarungen zu ratifizieren haben wird.

Im Laufe des heutigen Vormittags ist von den Experten ein weiterer streitiger Punkt gelöst worden, nämlich inwieweit der Ueberweisungsausschuß die Guthaben der Gläubigerstaaten in Deutschland selbst verwenden kann. Es wurde beschlossen, daß alle einschlägigen zweifelhaften Fälle auf schießsgerichtliche Wege zu regeln sind.

Ueber den Zeitpunkt der völligen Räumung — deutscher Vorschlag: 1. Jänner 1925, französischer Vorschlag: 1. Juli 1925 — hofft man meistens die Annahme eines mittleren Zeitpunktes zu erreichen. Es ist die Zeit vom 1. bis 15. April in Aussicht genommen.

Wenn wir weiter in Betracht ziehen den Aufwand für die Unfallversicherung, Bergarbeiter- und Privatangestelltenversicherung, die Altersversicherung der unter die Sozialversicherung nicht fallenden Personen und die Arbeitslosenunterstützung, so kommen wir zu einem Aufwande von rund 3,5 Milliarden. Diese approximative Schätzung kann nicht auf Genauigkeit Anspruch erheben, es kann aber nach den allgemeinen Erfahrungen, die wir bisher machen konnten, als sicher angenommen werden, daß dieser Betrag als Minimalaufwand für die Sozialversicherung angesehen werden kann. Es ist richtig, daß der Aufwand für die Alters- und Invaliditätsversicherung ursprünglich mit 800 bis 850 Millionen K<sup>ö</sup> präliminiert war und daß der Aufwand der Krankenkassen im Jahre 1921 fast die gleiche Höhe erfordert hat. Aber selbst unter Annahme dieser Beträge und unter Zuzurechnung des Aufwandes für die Unfall-, Bergarbeiter- und Privatangestelltenversicherung im Ausmaße von rund 500 Millionen K<sup>ö</sup> im Jahre 1923, des Aufwandes für Arbeitslose im Betrage von rund 220 Millionen K<sup>ö</sup> und des voranschreitenden Aufwandes für jene Personen, die infolge ihres Alters in die Versicherung voranschreitlich nicht mehr einbezogen werden und der einen Gesamtaufwand von 700 Millionen in den ersten zehn Jahren kaum überschreiten dürfte — nach Ablauf dieses Termines wird der Aufwand für diesen Zweck kaum wesentlich in Erscheinung treten — kann mit einem Aufwand von 2,4 Milliarden gerechnet werden. Mit allen Aufwendungen des Staates für die Sozialversicherung (Staatsbeitrag, Abfuhr der Prämien für die im aktiven Militärdienst stehenden Personen, Aufwand für jene Personen, die nicht den Anspruch nach diesem Gesetz durch ihre eigene Versorgung in vollem Ausmaße gewährleistet haben und Ersatz der mit der Errichtung und der Tätigkeit der Versicherungsgerichte und der Versicherungsobergerichte verbundenen Kosten) wird der errechnete Betrag höchstens um 50 Millionen K<sup>ö</sup> pro anno gesteigert werden. Der Aufwand von 3,5 Milliarden für die Sozialversicherung konnte also niemals auch nicht unter Zugrundelegung des ursprünglichen Entwurfes der Fachtente errechnet werden. Die Handelskammern halten es aber weiter für notwendig, das Erfordernis der Sozialversicherung mit den Staatseinnahmen in Vergleich zu stellen. In der Denkschrift wird angeführt, daß die Staatseinnahmen aus dem Titel der öffentlichen Abgaben (direkte und indirekte Steuern, Abgaben, Pöse) in dem Vorschlag für das Jahr 1923 mit 7,5 Milliarden präliminiert erscheinen und daß die gesamten staatlichen Einnahmen in diesem Vorschlag mit 18,8 Milliarden ausgewiesen erschienen. Die Handelskammern sind der Auffassung, daß der Aufwand für die Sozialversicherung in keinem Verhältnis zu unserer Finanzlage steht. Die Handelskammern haben zweifellos das Recht, derartige Betrachtungen anzustellen, es wäre nur sehr leicht zu wünschen, daß sie von diesem Recht, insbesondere dann Gebrauch machen würden, wenn es sich um unproduktive Ausgaben des Staates handelt. Der Militarismus verhängt in der Tschechoslowakei mehr als drei Milliarden jährlich und doch ist es uns nicht bekannt, daß die Handelskammern einen ernstlichen energischen Schritt unternommen hätten, um die maßgebenden Kreise von der Unmöglichkeit, diese vollständig unproduktiven Ausgaben zu tragen, zu überzeugen. Es ist uns ebenso nicht erinnerlich, daß die Handelskammern die von uns erhobenen Einwände gegen die gewaltige Steigerung der Ausgaben für Gendarmerie und Polizei, die anderen Zwecken dienen als dem, den Schutz der Bevölkerung zu sichern, und gegen die bei uns herrschende Subventionismiswirtschaft, geltend hätten. Untersuchen wir nun, inwieweit die Einführung der Sozialversicherung die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie, die uns sicher nicht gleichgültig sein kann, beeinträchtigt. Im Notwendigsten wird unter Zugrundelegung der alten Berechnungsgrundlagen, die den heutigen Verhältnissen nicht mehr voll entsprechen, angenommen, daß die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung eine Erhöhung der Produktionskosten um etwa 0,15 Prozent, also um einen Betrag bedeuten würde, der bei der Kalkulation des Verkaufspreises nicht besonders in Betracht kommt. Hierbei wurden die Löhne mit 33 Prozent der Produktionskosten angenommen. Wie uns aus Sach-

kreisen mitgeteilt wird, ist dieser Durchschnitt zu hoch berechnet. Dabei muß aber in Berücksichtigung gezogen werden, daß der tatsächlich errechnete Aufwand jetzt eine wesentliche Einschränkung erfahren hat. Im Nachtrag zum versicherungsmathematischen Teil des Motivberichts wird der Aufwand für die Alters- und Invaliditätsversicherung mit 614 Millionen K<sup>ö</sup> und der Aufwand für die Krankenversicherung nach den den Mitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses zur Verfügung gestellten Tabellen mit 553,418,806 K<sup>ö</sup> errechnet. Um rund 500 Millionen K<sup>ö</sup> ist also der Aufwand geringer als ursprünglich angenommen wurde, so daß der Gesamtaufwand für alle Zweige der Sozialversicherung, wie er in der Denkschrift der Zentrale der Handels- und Gewerkskammern angeführt erscheint, kaum zwei Milliarden K<sup>ö</sup> jährlich überschreiten dürfte. Mit Recht verweist der Motivbericht darauf, daß die aus der Armenfürsorge fließenden Lasten eine ganz gewaltige Einschränkung erfahren. Der Aufwand für die Armenfürsorge soll nach dem Motivbericht 150 Millionen K<sup>ö</sup> jährlich betragen, die größtenteils aus Erpapen gebracht werden. Die Mehrkosten, welche durch die Aktivierung der Sozialversicherung gegenüber dem Jahre 1921 erwachsen werden, betragen rund 400 Millionen K<sup>ö</sup> jährlich, wovon auf die Arbeitgeber allein ein Betrag von 200 Millionen K<sup>ö</sup> entfällt. Man kann wohl nicht behaupten, daß dieser Aufwand die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie irgendwie unterbinden würde, um so mehr, als die angrenzenden Staaten, mit denen sich unsere Industrie im Wettbewerb befindet, entweder die Sozialversicherung bereits eingeführt haben oder aber unmittelbar vor der Aktivierung der Sozialversicherung stehen. Im allgemeinen kann von einer Unterbindung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie durch soziale Lasten nicht gesprochen werden. Das Beispiel Deutschlands lehrt uns, daß dortselbst die Industrie den größten Aufschwung seit jenem Zeitpunkte zu verzeichnen hat, in welchem die Alters- und Invaliditätsversicherung eingeführt wurde, ohne Rücksicht darauf, daß die anderen Staaten, vornehmlich England, mit welchem die deutsche Industrie den schwersten Konkurrenzkampf zu führen hatte, auch nicht Ansjah einer Sozialversicherung zu verzeichnen gehabt hätten.

Der Staatsbeitrag, der ursprünglich mit 400 K<sup>ö</sup> festgesetzt war, ist als Äquivalenz für die Herabsetzung des Grundbetrages von 600 K<sup>ö</sup> auf 500 K<sup>ö</sup> zu betrachten. Die auf das Staatswohl und insbesondere auf die Staatsfinanzen so sehr „bedachten“ bürgerlichen Parteien waren ohneweiters bereit, diesen Ausweg zu betreten. Wir erheben sicher keinen Einspruch gegen die Erhöhung des Staatsbeitrages, der, wie wir noch nachweisen werden, viel zurücksteht gegenüber den Lasten, die andere Staaten für die Sozialversicherung tragen oder sich zu tragen bereit gefunden und wir hätten diese Maßnahme freudig begrüßt, wenn sie nicht erkauf worden wäre durch Herabsetzung der Grundrente, der vielfach für die Rentner eine erhöhte Bedeutung zukommt, da der Staatsbeitrag nicht zu allen Leistungen, die in der Alters- und Invaliditätsversicherung vorgesehen sind, in Aussicht genommen ist.

Der Staat gewährt also einen Beitrag zu den Renten, und zwar:

Bei einer Invaliditäts- und Altersrente . . . 500 K<sup>ö</sup>  
bei einer Witwenrente . . . . . 250 K<sup>ö</sup>  
bei der Rente eines einfach verwaisten Kindes . . . . . 100 K<sup>ö</sup>  
bei der Rente eines doppelt verwaisten Kindes . . . . . 200 K<sup>ö</sup>  
wobei die Summe der Staatsbeiträge zu den Witwenrenten den Betrag von 500 K<sup>ö</sup> nicht übersteigen darf.

Die Belastung des Staates aus diesem Titel wird betragen:

Nach dem 5. Jahre der Wirksamkeit der Sozialversicherung . . . . . 6,664.000  
nach dem 6. Jahre der Wirksamkeit der Sozialversicherung . . . . . 19,769.000  
nach dem 7. Jahre der Wirksamkeit der Sozialversicherung . . . . . 33,578.000  
nach dem 8. Jahre der Wirksamkeit der Sozialversicherung . . . . . 48,469.000  
nach dem 9. Jahre der Wirksamkeit der Sozialversicherung . . . . . 62,381.000  
Innerhalb des ersten Jahrzehntes also . . . 170,811.000

gierung begrüßen, der der Koalitionspolitik in der Tschechoslowakei eine sozialere und fortschrittlichere Richtung geben würde. Das wäre ein Minimum, welches spielend eine eventuelle nationalität-bourgeoise Agitation abwürgen würde, so sie nun von tschechischer oder deutscher Seite ausgeht. In einem solchen Falle hätte die nationalität-bourgeoise Agitation gegen die Regierung einen bourgeoisen Charakter und das würde gegen sie einen Verdacht in den Massen des armen Volkes hervorrufen, das würde sie ihrer Wirksamkeit berauben. Leider ist die deutsche Sozialdemokratie von solchen Kombinationen weiter entfernt als — wie es sich gezeigt hat — die deutsche Bourgeoisie.

Dazu haben wir nur zu bemerken, daß jede derartige Diskussion unfruchtbar ist, daß es sich nicht um den Eintritt in die Regierung, sondern um die Auseinandersetzung der Nationen handelt.

## Ausland.

### Aus dem böhmischen Lager.

Ein nationalsozialistischer Abgeordneter über seine Parteigenossen.

In einer Versammlung der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ rechnete der mancher aus der Fraktion des böhmischen Blockes ausgeschlossene Abgeordnete Wiesenbäcker in außerordentlich gründlicher Weise mit seinen bisherigen Koalitionsgenossen ab und erzählte dabei sehr bezeichnende Intimitäten über die sogenannte Arbeiterpolitik der böhmischen Fraktion. „Ich erlaube mir, als ich nach der Wahl in die böhmische Fraktion kam, 17 Mitglieder gehören der Intelligenz an, vier der Landwirtschaft und ich als einziger der Arbeiterschaft. Man hat mich ganz hinten hingeworfen, ich bin das fünfte Rad am Wagen. Aber die Herren der Intelligenz (Zurufe Voebner) werden sich täuschen, wenn sie glauben, daß sie die Arbeiter zum fünften Rad am Wagen machen können. Als ich meinen ersten Antrag einbrachte, wurde ich zunächst ruhig angehört, aber schon beim dritten Antrage über die Frauenarbeit wurde mir vom Vorsitzenden erklärt: „Aber Herr Kollege, wir haben doch schon 25 Anträge, da müssen Sie die übrigen schon etwas zurückstellen.“ Streicher hat in der Fraktion verlangt, daß ein Nevers unterschrieben werden müsse, daß kein Abgeordneter der Freimaurerei angehöre. Aber da wurde man unruhig, und mancher klopfte nervös mit den Fingern auf den Tisch, und als Streicher drängte, wurde die Stimmung außerordentlich ungemütlich. Es kam dann in der Fraktion öfters zu solchen Differenzen, und dann sagten Streicher und ich: „Das ist uns zu dumm, da gehen wir nicht mehr hin. Wenn die Arbeiter einmal sehen würden, wie es dort zugeht, dann würden sie alle davonlaufen.“ Diese Herren von der Intelligenz gewinnen keinen Arbeiter, auch wenn sie sich noch so sehr als Arbeitervertreter aufspielen. Als kürzlich die sozialdemokratische Abgeordnete Ammon einen vernünftigen Antrag zum Achtstundentag, zur Erwerbslosenfrage und zur Frauenfrage einbrachte und ich sagte, das unterschreibe ich, da wurden mir heftige Vorwürfe gemacht. Als dann die böhmische Fraktion zu den Anträgen betreffs Achtstundentag Stellung nehmen sollte, war unser Abgeordneter, nämlich Fröhlich (Vorsitzender des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes München) mit seinem Material plötzlich verschwunden. Sein Erschmann weigerte sich dann zu reden, und schließlich tat es dann Dr. Puttmann. Wie so ein Doktor über den Achtstundentag spricht, kann man sich denken, und als er vorgelesen in der Nürnberger Versammlung mit seiner Leistung prahlte und aufstrampfte, haben wir ihm die Stiefel gründlich abgewischt. Der Erfolg war, daß er mich als Marxit verdächtigte und mich durch die Polizei aus dem Saale weisen ließ. Aber es nützt den Herren nichts, der Tag wird kommen, wo auch mit ihnen abgerechnet werden wird.

## Die Sozialversicherungsvorlage

### XIII.

Die Unternehmer ohne Unterschied der politischen und nationalen Zugehörigkeit haben allgemein die Klage erhoben, daß die Volkswirtschaft die durch die Sozialversicherung entstehenden Lasten nicht zu ertragen vermag. So hat die Zentrale der Handels- und Gewerkskammern in einer im Jahre 1923 abgefaßten und im Spätherbst desselben Jahres den Mitgliedern des Ausschusses zugegangenen Denkschrift erklärt: „Der Prämienbedarf für die Invaliditätsversicherung wurde mit 800 bis 850 Millionen K<sup>ö</sup> und der Beitrag des Staates aus verschiedenen Titeln im Durchschnitt der ersten zehn Jahre mit annähernd 50 Millionen abgeschätzt. Der Aufwand für die Krankenversicherung hätte nach den Bestimmungen des ersten Entwurfes annähernd denselben Betrag erfordert. Nach der, unserer Ansicht nach, allzu niedrigen Berechnung der österreichischen Sozialversicherungsvorlage weds hätte das Prämienverfordernis für die Versicherung der Selbständigen und der mithelfenden Familienmitglieder etwas weniger als die Hälfte des Aufwandes für die Unselbständigen betragen und dies nur bei Begrenzung des Anspruches der Selbständigen auf eine Altersrente. Wenn die Selbständigen auch noch auf andere Versicherungsleistungen Anspruch haben sollten, würde der erforderliche Aufwand ganz gewaltig steigen und dem Aufwand für die Sozialversicherung der Unselbständigen fast gleichkommen.“

## Zum Gewerkschaftskongress 1924

### Bekanntmachung!

Die Sitzung der Zentralgewerkschaftskommission am 11. August l. J. hat den Beschluß gefaßt, den für September einberufenen Gewerkschaftskongress zu verschieben, und zwar auf die Zeit vom 6. bis einschließlich 10. Dezember 1924.

Maßgebend für diesen Beschluß ist, daß die Einbringung von Anträgen für einige wichtige Organisationsfragen einer längeren Vorarbeit und des besonderen Einberufens mit den Verbandsvorständen bedarf.

Die übrigen Mitteilungen der einberufenden Bekanntmachung in der zuständigen Gewerkschaftspresse und in den Zuschriften an die Verbandsvorstände und Kreisgewerkschaftskommissionen, als — vorläufige Tagesordnung, Bestimmung über die Delegierung, Tagungsort — bleiben aufrecht. Die Frist für die Anmeldung der Delegierten, sowie für die Einbringung von Anträgen, welche durch die Berichterstatter bei den einzelnen Punkten der Tagesordnung mit behandelt werden sollen, wird nun bis 31. Oktober l. J. verlängert.

Reichenberg, 12. August 1924.

### Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei.

Gemäß § 254 der Vorlage ist der Staat verpflichtet, für jeden Wehrpflichtigen, welcher die Wehrdienstpflicht ableistet und welcher vor Eintritt des Militärdienstes versichert war oder binnen sechs Monaten nach der Rückkehr aus dem Wehrdienst in die Versicherung eintritt, die Prämien nach der Klasse A abzuführen. In dem Motivbericht wird errechnet, daß der Staat für 76.000 Personen die Prämien mit einem Jahresbetrag von 17.391.317 K<sup>ö</sup> abzuführen haben wird.

Der Staat wird auch als Arbeitgeber durch die Entschädigung jener Personen belastet werden, die seinen oder nicht einem dem Gesetz entsprechenden Anspruch auf Leistungen im Falle des Alters oder der Invalidität haben. Dieser Aufwand wird im Motivbericht nicht errechnet, dürfte aber überhaupt nicht in Erscheinung treten, da der Staat pflichtgemäß für diese Personen im Rahmen der Staatsbeamtenversorgung Vorkehrungen treffen wird. Der Staat erhebt auch die mit der Errichtung und Tätigkeit der Versicherungsgerichte und des Versicherungsobergerichtes verbundenen Kosten, die kaum in Betracht kommen.

Die Belastung des Staates durch die Sozialversicherung wird also im ersten Jahrzehnt rund 50 Millionen K<sup>ö</sup> betragen, kann also nicht als übermäßig angesehen werden. Nach dem französischen Sozialversicherungsentwurf sind die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit drei Milliarden Franken und die Zuwendung des Staates dem ersten Jahre angefangen mit 376 Millionen Franken jährlich präliminiert. Durch das Gesetz über die Volkswirtschaft ist die englische Staatskasse jährlich mit 6,912.000 Pfund Sterling belastet.

Die geringfügige Belastung der Volkswirtschaft durch die Sozialversicherung ist, erhält am besten aus folgendem Beispiel:

Tausend Arbeiter eines Betriebes waren vor dem 31. Dezember 1922 folgendermaßen in Lohnklassen eingeteilt:

47	in der	I. Klasse
29	„	II. „
13	„	III. „
63	„	IV. „
198	„	V. „
82	„	VI. „
46	„	VII. „
62	„	VIII. „
65	„	IX. „
45	„	X. „
48	„	XI. „
52	„	XII. „
39	„	XIII. „
38	„	XIV. „
168	„	XV. „

Dieselben Arbeiter werden auf Grund der Vorlage und der im Jahre 1922 ermittelten statistischen Ergebnisse folgendermaßen eingeteilt sein:

244	in der	I. Lohnklasse
267	„	II. „
96	„	III. „
77	„	IV. „
75	„	V. „
54	„	VI. „
42	„	VII. „
37	„	VIII. „
27	„	IX. „
54	„	X. „

Der wöchentliche Aufwand an Krankenversicherungsbeiträgen hat demnach bis zum 31. Dezember 1922 betragen 8488,80 K<sup>ö</sup>. Der Aufwand wird künftighin betragen

für Krankenversicherung . . . . . 4321,90 K<sup>ö</sup>  
und für die Alters- und Invaliditätsversicherung . . . . . 5443,40 „  
zusammen also . . . . . 9765,30 K<sup>ö</sup>  
oder um K<sup>ö</sup> 776,80 mehr als bisher, wovon auf den 1000 Arbeiter beschäftigenden Arbeitgeber K<sup>ö</sup> 388,41 wöchentlich entfallen.



**Der Skandal von Wöllersdorf vor Gericht.**  
 Entlich wird gemeldet: Der mit der Wöllersdorfer Angelegenheit sich befassende Untersuchungsrichter des Landesgerichtes in Staßfurt Wien I, Oberlandesgerichtsrat Dr. Kihoff, hat nunmehr das Studium der Akten beendet und gemäß dem Antrag der Staatsanwaltschaft die Einleitung der Voruntersuchung wegen des Verdachtes des Verbrechens des Betruges, allenfalls der Veruntreuung, beschlossen.

**16. Esperanto-Weltkongress.** In der Zeit vom 6. bis 14. August fand in Wien der 16. Esperanto-Weltkongress statt, wozu ungefähr vierhundert Gäste aus mehr als 40 verschiedenen Ländern eintrafen. Im Verlaufe der Tagung wurden eine Reihe von Fachsitungen abgehalten, darunter eine Fachkonferenz des Wiener akademischen Esperantovereines, die sich mit der Frage der Vorteile des Esperanto für die Studentenschaft mit der Propaganda des Esperanto und der Frage einer internationalen Vereinigung der esperantofreudigen Studenten beschäftigte und einen aus je einem Japaner, Italiener, Bulgaren und Österreicher bestehenden Ausschuss einsetzte, der einen Weltbund mit dem Sitz in Warschau vorbereiten soll. Die Ergebnisse dieser Fachkonferenz wurden in einer Einführung zusammengefaßt, in der u. a. die Einführung des Esperantounterrichts in den Mittel- und Hochschulen aller Länder gefordert wird. Weiters fand im Rahmen der Konferenz eine Tagung des Arbeiteresperantobundes sowie eine Enthüllungsfest einer Gedenktafel für den Gründer des Esperanto, Dr. Zamenhof, statt, bei der der Präsident der Tagung, Prof. Dr. Privat (Gruß), die Festansprache hielt.

**Großes Schandfeuer in Salzburg.** Mittwoch nachts in das in der Bayerhauser Straße in Neustadt befindliche Expositionslokal der Firma G. Hollenegger vollständig niedergebrannt. In den Magazinen waren große Mengen von Meßeln, vorwiegend wohnungsloser Parteien aus Salzburg, Wien und Klagenfurt eingelagert. Der Schaden dürfte weit mehr als zwei Millionen Kronen betragen.

**Riesenbrand in Babenhäusern.** Blättermeldungen aus Offenbach zufolge entstand Dienstag in dem wohen Babenhäusern auf bisher ungeklärte Weise ein Großfeuer, das neun gefüllte Scheunen und sechs Wohnhäuser einäscherte. Die einheimische Feuerwehr war dem Riesenbrande gegenüber machtlos. Erst mit Hilfe der Offenbacher Feuerwehr gelang es, eine weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern.

**Univeritätsprüfung ohne Maturitätsprüfung.** Nachdem Sachsen und Thüringen unter sozialistischer Regierung mit der Neuverfassung für Deutschland vorangegangen war, hat nunmehr das preussische Unterrichtsministerium die Bestimmungen erlassen, nach denen besonders begabte Personen ohne Maturitätszeugnis einer Mittelschule zum Universitätsstudium zugelassen werden. Der preussische Kultusminister hat die Prüfung der Anträge einer besonderen Prüfungsstelle übertragen.

**Mitarbeiterin des Generalkonsuls und Spionin.** Die russische staatspolitische Verwaltung (die ehemalige OGPU) verhaftete die Mitarbeiterin des polnischen Generalkonsulates in Warschau, Kudzynska, bei welcher wichtige geheime Dokumente vorgefunden wurden. In Anwesenheit des Vertreters des Volkskommissariates für auswärtige Angelegenheiten und des polnischen Konsuls gelang es, nachzuweisen, daß die gefundenen Dokumente ihr gehören, behauptete aber, sie von einer unbekannt Person erhalten zu haben.

**Die „Panafrikanische Republik“.** In New York tagt zur Stunde das „Schwarze Konklave“

der Weltkongress der schwarzen Rasse, zu dem sämtliche Negerstämme der Erde ihre Delegierten entsandt haben. Marcus Garvey, ein noch junger, vielseitig gebildeter Neger, ist der Einberufer dieser einzigartigen Versammlung und gleichzeitig Präsident der „Panafrikanischen Negerepublik“, seines vorläufig noch imaginären Reiches in partibus infidelium. Garvey, der während der Verhandlungen des Kongresses auf einem Thronstuhl Platz genommen hatte, um den sich die Großwürdenträger des Negerstaates und die Mitglieder des schwarzen Ritterordens geschart hatten, hielt an das versammelte Negervolk eine Ansprache, in der er die unabwieslichen Ansprüche der schwarzen Rasse auf Unabhängigkeit und Kultur betonte. Den Negern müsse, so führte er aus, ein eigenes Vaterland gegeben werden, das nach seiner Ansicht Liberia sein werde. Die Flotte der Negerepublik, die den Namen „Blac Star Line“ trägt, werde den Transport zu übernehmen haben. Liberia scheint aber wenig erbaut von dem in Aussicht gestellten Zuwachs zu sein. Es hat den Kongress unerwünscht wissen lassen, daß es nicht den geringsten Wert auf Einwanderung in größerem Umfang legt. Diese Auskunft hat Garvey indessen keineswegs entmutigt. Er glaubt, daß es noch andere Länder in Afrika gibt, die den Negern freundliche Aufnahme gewähren werden, und er denkt nunmehr an das große äthiopische Reich. An die Kaiserin Joditu sind bereits Gesandte abgegangen, die die Möglichkeit einer Einwanderung der Neger nach Abessinien klären, und der Kaiserin Joditu sowie dem Regenten Ras Tafari das Gelübnis des Präsidenten der Panafrikanischen Negerepublik überbringen sollen, daß er alles tun werde, um den Raschm Abessinien zu mehrten.

**Der Kampf gegen das Opium.** Aus Genf, 12. August, wird gemeldet: Die beratende Opiumkommission widmete mehrere Sitzungen den Vorbereitungsarbeiten für die internationale Konferenz über den Handel mit Opium und anderen Betäubungsmitteln, die auf den 17. November d. J. vom Völkerbundrat einberufen worden ist. Die Kommission stimmt einer Abkommensvorlage zu, nach welcher die Länder ihren jährlichen Einfuhrbedarf an Betäubungsmitteln zu ärztlichen Zwecken angeben müssen und ein Organ eingesetzt werden soll, das den Verbrauch, die Fabrikation und den Handel mit Betäubungsmitteln im internationalen Verkehr überwachen soll.

**Schweizer Einreiseverbot für Russen.** Nach einer Meldung der „Bösischen Zeitung“ aus Zürich hat der Schweizer Bundesrat ein allgemeines Einreiseverbot für russische Staatsangehörige erlassen.

**Kommunistenverhaftungen in Polen.** Wie die Blätter melden, hat die politische Partei das Komitee der kommunistischen Jugendorganisation Polens bei einer geheimen Sitzung ausgehoben und alle Mitglieder verhaftet.

**Neue Naphthaquellen auf der Halbinsel Kamtschatka.** Aus Wostok wird gemeldet: Die Kohlenförderung im Donbeck war im Juli d. J. um 17 Prozent größer als im Juni. Die Naphthaförderung in Schwjetzland im Juli bezifferte sich auf 35,5 Millionen Rub. das ist um 5,5 Millionen Rub. mehr als im Juni. Auf der Halbinsel Kamtschatka sind Naphthaquellen mit 75 Prozent Petroleum entdeckt worden. (In Wostok enthält das Naphtha nur 50 Prozent Petroleum.) Die Quellen liegen nur einige Meilen vom Meere, wodurch der Transport erleichtert wird.

**Schlechter Fremdenverkehr in Bayern.** Ueber den schlechten Fremdenverkehr klagt die Ortsvereinerung Garmisch-Partenkirchen der Hotel- und Pensionbesitzer. Sie sagt, es leide nicht nur Garmisch-

Partenkirchen, sondern auch München, ebenso Rürnberg und alle jene Orte, die nicht ausgesprochene Heilbäder sind, und sie beklagt, daß bei den gegenwärtigen Lasten die Preise zu hoch seien. Sie nennt als Ursache des schlechten Fremdenverkehrs vielmehr u. a. die politische Sonderstellung Bayerns und die damit verbundene Verschmäpfung im Reich, die viele Norddeutschen abhalte, hierher zu reisen, sowie die Hafenkreibewegung.

**Die Hochschule für internationale Beziehungen.** Viele amerikanische Universitäten haben Lehrstühle für internationale Recht. Aus diesem Grunde hat man jetzt beschlossen, eine eigene Hochschule für internationale Beziehungen zu gründen, die sich an die John Hopkins-Universität anlehnen soll. Zu den Gründern gehören führende Erzieher, Geschäftsleute und Publizisten. Der Zweck der neuen Hochschule ist die Schaffung besserer Kenntnisse aller Zweige des internationalen Lebens, angeht der Tatsache, daß die Nationen mehr und mehr durch Wissenschaft und Wirtschaft in gegenseitige Abhängigkeit geraten. Die neue Hochschule soll sich vor allem mit fünf Hauptpunkten beschäftigen: Grundlage der internationalen Beziehungen, internationales Recht, diplomatische Praxis und internationale Organisation.

**Ein Denkmal des Volksdichters der Ukraine.** Der ukrainische Nationaldichter Taras Schewtschenko hat jetzt in der Hauptstadt seines Heimatlandes, in Kiew, ein Denkmal erhalten, dessen feierliche Enthüllung vor kurzem stattfand. Das Denkmal ist auf Kosten ukrainischer Bauern und Arbeiter errichtet worden.

**Wölfe am Bewußt.** Eine ganze Anzahl Frauen und Kinder waren kürzlich gezwungen, in dem Dettchen San Vito am Abhang des Bewußt nach dem Gottesdienst in der Kirche zu bleiben, weil plötzlich ein Rudel Wölfe auftauchte und das Gotteshaus umzingelte. Als die Frauen gar nicht wiederzukommen, wurden einige Bauern auf diese merkwürdige Belagerung aufmerksam, eilten mit Flinten herbei und vertrieben die Wölfe, von denen sie zwei töteten. Das Erscheinen von Wölfen in der Gegend des Bewußt ist überaus selten.

**Die höhere Tochter in der Mäuerbande.** Dieser Tage begann in Petersburg der Prozeß gegen eine Mäuerbande, die unter dem Namen „Schwarzer Raben“ bekannt geworden ist. Von den elf Angeklagten sind, wie die Sowjetpresse besonders hervorhebt, neun Angehörige des jetzt aufgehobenen ehemaligen Adelsstandes. An der Spitze der Bande stand die Schülerin eines Mädchen gymnasiums namens Meshchjaninowa, deren Rolle die Reugier des Publikums nicht wenig erregt.

**Das Eskimostudium.** Aus Rom e Norddeingang der Verinstraße, 12. August wird gemeldet: Rind Rossmuffen, der Leiter der dänischen Expedition zum Studium der Eskimos, von dem seit 15 Monaten nichts mehr gehört worden war, traf in Rom, etwa 1500 Meilen nördlich von Rom, ein. Ueber das Schicksal der Expedition herrscht große Verwirrung.

**Wetterübersicht vom 13. August.** Bei vorübergehend völliger Anstehung ist Dienstag in Wämen eine erheblichere Erwärmung eingetreten. Die Maxima erreichten in Mittelböhmern 29 Grad Celsius (Prag) bis 30 Grad Celsius (Mülowitz). Die allgemeine Druckverteilung hat sich nur insoweit geändert, als sich das Zentrum der nördlichen Depression abgeschwächt hat. Die Vorderseite einer ausgedehnten Hochdruckverteilung veranlaßt in unseren Gebieten bereits Mittwoch früh eine verstärkte Bewölkung. An der Rückseite dieser Störung breitet sich bei nordwestlichem Winde Abkühlung aus. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bewölkt, Neigung zu geringen Niederschlägen, kühl, aufsteigender Wind aus westlichen Richtungen.

**Besuchet das „Haus der Arbeit“.**  
 Ausstellung August 1924.

**Volkswirtschaft.**

**Bantant und Zionostenska Banka.**

Ueber die Wirtschaftspolitik des Bantants und die Zusammenhänge zwischen diesem staatlichen Amt und der mächtigsten Großbank, der Zionostenska Banka, schreibt das „Ceske Slovo“, also das Organ einer Regierungspartei:

„Viele Sünden gegen unsere wirtschaftlichen Interessen geschehen unter der Politik der Stabilisierung der Krone. Viel Schädliches geschieht mit der Begründung, daß der Stand unserer Krone es erfordere. Die Zionostenska Banka erhält gewöhnlich alle ihre geschäftlichen Transaktionen und Projekte unter dem Titel unter Dach, daß anders unsere Krone gefährdet wäre. Der Zionostenska Banka handelt es sich darum, daß unsere Umlaufmittel möglichst gering wären, damit sie über den Rest souverän gebiete. Das kommt der gesamten Industriezweiggruppe zugute, die sie regiert, schadet allerdings allen, die sie nicht unter ihre Fittiche nimmt. Solange wir in der heutigen liberalistischen Gesellschaftsordnung leben, in der der Grundsatz gilt „Freies Angebot — freie Konkurrenz“, muß die einseitige Wirtschaftspolitik der Zionostenska Banka zu chronischen Wirtschaftskrisen führen. Die Zionostenska Banka beherrscht das Finanzministerium und das Bankamt ist zur Zionostenska Banka im Verhältnis der Filiale zur Zentrale. Diese drei Institutionen arbeiten gemeinsam. Sie begünstigen einen bestimmten Teil der Industrieunternehmen, allen anderen sprechen sie das Recht zum Leben ab. Die Mittel dazu benötigen sie: Das Bankamt hält die Umlaufmittel zurück, den Kredit droffelt es durch einen unverhältnismäßig hohen Zinsfuß, kommerzielle Wechsel werden nur wenige angenommen und nur dann, wenn die Zionostenska Banka ihre Sanktion dazu gibt.“

Soweit das „Ceske Slovo“. Es ist ganz schön, was dieses Blatt da schreibt, aber — es bleibt nur beim Schreiben. Die tschechischen Nationalsozialisten haben ein Mittel in der Hand, um den Zusammenhang zwischen der Zionostenska Banka und dem Bankamt zu zerören: Sie brauchen nur dahin zu wirken, daß das Finanzministerium, das in der nächsten Zeit einen neuen Leiter bekommen dürfte, mit einem Mann besetzt wird, der weder der Zionostenska Banka, noch der politischen Partei, die die Interessen der Zionostenska Banka vertritt, den Nationaldemokraten, nahesteht. Bei der Stärke der Bourgeoisie in der Regierung ist jedoch sehr daran zu zweifeln, daß das Finanzministerium mit einem anderen als einem nationaldemokratischen Politiker besetzt wird.

**Ausperrung im deutschen Baugewerbe.**

Berlin, 12. August. (Eigenbericht.) Gestern wurden sämtliche Bauarbeiter des Hoch- und Tiefbaus in Rheinland-Westfalen gekündigt, so daß ab 13. August auf allen Bauplätzen des Rheinlandes Arbeitsruhe herrschen wird. Die Arbeitgeberverbände haben die Aussperrung als Antwort auf die an einzelnen Orten proklamierten Teilstreiks beschlossen.

**Fest der Gemeinschaft.**

Noch sind bei allen Besuchern des Karlsruher Verbandssturnfestes die herrlichen Eindrücke lebendig, die sie in den drei glanzvollen Festtagen empfangen haben. Noch schwebt vor ihren Augen das grandiose Bild des Festzuges, noch schwingen ihre Herzen mit, in dem gewaltigen Takt der marschierenden Turnerscharen. Und wer auf dem Festplatz mit dabei war, wer die Massenvorführungen der Kinder, der Turnerinnen und Turner und nicht zuletzt die vollendeten Darbietungen der Gäste gesehen hat, wird die Fülle von Pracht und Schönheit, die dort den Zuschauern entgegenstrahlte, ebenfalls nicht so rasch vergessen können. Ueberwältigt von der Fülle begeisterter Eindrücke traten die Festteilnehmer den Heimweg an. Heute, wo sie wieder an den Maschinen stehen, wo sie in den Werkstätten, Nähstuben und Motoren wieder dem bösen Kapital dienen müssen, mögen diese Bilder wieder aufstehen und das düstere Grau der Arbeitstage erhellen.

Ueber dem freudigen Erwähnen an die Hauptpunkte des Festes soll aber nicht davor vergessen sein, die durch ihre Arbeit, durch ihre Aufopferung und Hilfsbereitschaft das Fest in diesem glänzenden Maßstabe ermöglicht haben. Es soll Dank, aufrichtiger Dank ausgesprochen werden den Arbeitern und Arbeiterinnen des Karlsruher Bezirkes und ganz Westböhmens, die den Festgästen ihre wahrhaft proletarische Gastfreundschaft empfinden ließen. Sie haben sich der großen Ehre, daß das erste Verbandsturnfest unserer proletarischen Turner und Sportler in das Zentrum ihres heiß umstrittenen Kampfgebietes verlegt wurde, in jeder Beziehung würdig erwiesen. Es ist zwar unmöglich, die Fülle der Arbeiten und Leistungen, die das Gelingen des Festes ermöglichten,

in einzelnen aufzuzählen, aber es ist notwendig, wenigstens einiges davon zu erzählen.

Ungeduldige Arbeit mußte geleistet werden, um den geräumigen Festplatz, der sonst eine Stätte des bourgeoisien Rennsportes ist, für seinen Zweck herzurichten. Noch dazu in gedrängter Frist, weil das Meierhöfner Rennen erst drei Wochen vor Festbeginn abgeschlossen worden ist. Nun galt es, umfangreiche Erdarbeiten vorzunehmen, Boraden, Verlaufsgräben, Lageräume aufzustellen und den ganzen Platz für die Feier zu schmücken. Die gemeinnützige Baugenossenschaft Bodenbach hatte die Durchführung übernommen und doch mußte daneben auch sehr viel unbezahlte Arbeit geleistet werden. Besonders die Meierhöfner Genossen haben wieder mithelfen müssen und sie sind jedesmal nach Arbeitsfluß mit Werkzeugen versehen, ausgerückt, um emsig mitzuschaffen, bis der Einbruch der Finsternis Feierabend ditiert. Die Frauen trugen den Männern das Essen nach und lesten selbst Hand mit an, ja, sogar Kinder stellten ihre schwachen Hände mit zur Verfügung, trugen Koff und schafften Erde herbei. Eine ganze Partie von Frauen und Mädchen war wiederum mit dem Flechten von Kränzen und Girlanden beschäftigt, deren dreitausend Meter benötigt wurden. Eine Jugendgenossin zeigte mir voller Stolz die schwarz-enzerrissenen, noch ganz vom Harz verklebten Hände, die sie als ruhmvolles Requiris ihres emsigen Mitschaffens auch über die Festtage auszeichneten. Und dabei war sie gar nicht einmal traurig, etwas von ihrer Schönheit eingebüßt zu haben. Eine Bourgeoisdame wäre an ihrer Stelle untröstlich gewesen.

Nicht minder mühevoll war die Beschaffung und Bereitstellung der Quartiere für die vielen tausende von Festgästen. Obwohl die Quartiermacherei auch auf weiter entfernte Ortschaften der Umgebung ausgedehnt werden mußte, hat sie — mit kleinen unermesslichen

Ausnahmen natürlich — sehr gut geklappt. Die Kinder, sechs tausend an der Zahl, sind privat untergebracht worden, in dessen 14.000 Erwachsene zumist in Schulen und Sälen mit Strohsögern vorlie nehmen mußten. Viele neue Freundschaften sind zwischen den Gästen und den Herberggeleuten geschlossen worden, Freundschaften, die die Feststimmung sicher überdauern werden. Familien, die selber mit fargem Lohn auskommen müssen, oder die als Kurzarbeiter mit der sieben Not kämpfen, haben sich zur Ehre angerechnet, ihre Gäste nach besten Kräften zu beherbergen und zu bewirten. Wo in der Welt ist außerhalb des Proletariats solche Solidarität anzutreffen?

Die Verpflegung der nach zehntausenden zählenden Festteilnehmer war ebenfalls kein leichtes Stück Arbeit. In Karlsruhe z. B. rückten an siebzig Genossinnen jedesmal schon um 11 Uhr abends aus, um bis in der Früh Milch herbeizuschaffen und Kaffee zu kochen für die Gäste. Darunter war manche Ausruumerin, die jetzt in der laufenden Kurzarbeit tagsüber schwere Arbeit zu leisten hat. Die einige Tage sich selbst und ihren bescheidenen Haushalt vernachlässigte und freudig an gemeinsamen Werk teilnahm. Bürgerliche Damen würden den zehnten Teil dieser Opfer nur auf sich nehmen, wenn sie dafür namentlich in allen Zeitungen genannt und von einem Tausend Vereinstorständen bedankt würden. Die Verpflegung auf dem Festplatz wurde durch die Konsumvereine Cho dan und Altröhlan in gemeinschaftlicher Eigenregie geführt. Wenn es auch nicht möglich war, all die Schwierigkeiten, die einer solchen Massenverpflegung im Wege stehen, mit einem Anlauf zu bewältigen, so wurde doch die schwere Aufgabe befriedigend gelöst. Am Sonntag mittags z. B. sind in einer Stunde zehntausend Festgäste ausgegessen worden. Durch eine Verbesserung und den Ausbau der Verpflegungsorganisation wird es

in Zukunft möglich sein, zu verhindern, daß bei großen Arbeiterfesten bürgerliche, nicht selten sogar arbeitserfeindliche Geschäftleute ihre Profite machen.

Nicht vergessen soll die segensreiche Tätigkeit der broden Arbeiter-Samariter werden, die überall zur Stelle waren, wo man ihrer Hilfe bedurfte. Zum Glück bot der kühle Spätsommer tag ein geradezu ideales Festwetter, wodurch die geringe Zahl der Unfälle zu erklären ist. Aber wo immer ein Festteilnehmer von Unwohlsein befallen wurde, sei es im Festzuge, in der Stadt, oder auf dem Festplatz, rasch waren die Samariter zur Hand und mit erstaunlicher Sicherheit einzureisen, machten sie ihrem edlen Beruf alle Ehre. Neben diesen Samaritern verdienen ferner die Arbeiterordner Erwähnung, die gleichfalls Tage und Nächte und einen großen Teil der Festesfreude geopfert haben.

Es war ein wahres Fest der Gemeinschaft, das in Karlsruhe gefeiert worden ist. Und alle Arbeit, alle Opfer, die zu seinem Gelingen notwendig waren, wurden als Arbeit und als Opfer für die Gemeinschaft betrachtet. Gemeinheitsdienert ist mehr als Herrendienst! Er wird freudigen Herzens und ohne Mühen geleistet. Er zeigt uns, daß die Arbeit dem Menschengeschlecht zum Segen werden könnte, wenn sie dem lebendigen Menschen dienen könnte, anstatt dem toten Kapital zu fromen. Keine andere Partei hätte dieses großartige Fest zu überwiegendem Teile aus eigener Kraft und durch freiwillige Mithilfe ihrer Bekenner gestalten können. Daß unsere fernigen Parteeorganisationen Westböhmens einen so gewaltigen Anteil an dem herrlichen Erfolg des ersten Verbandsturnfestes haben, erfüllt uns mit Stolz und Freude. W. J.



